



# Protokoll

## des Einwohnerrates Zofingen

### Amtsperiode 2010/13

### 3. Sitzung vom Montag, 12. September 2011, 18.00 – 21.23 Uhr im Stadt- saal

#### Vorsitz

Patricia Kettner, Ratspräsidentin

#### Protokollführer

Arthur Senn, Stadtschreiber

#### Anwesend

- 40 Mitglieder des Einwohnerrates
- 7 Mitglieder des Stadtrates
- Bereichs- und Abteilungsleitende der Stadtverwaltung

#### Entschuldigungen

Keine



<b>Traktandenliste</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Inpflichtnahme</b>	
Inpflichtnahme von Andreas Rügger Waldvogel (FDP)	231
<b>2. Mitteilungen</b>	232
<b>3. Kreditbewilligungen</b>	
GK 82 Kreditbewilligung für die Bachwasserleitung Rosengartenstrasse	233
GK 90 Kreditbewilligung für die Sanierung und Aufwertung von Schmiedgasse und Storchengasse	236
GK 91 Kreditbewilligung für die Fertigstellung der Weidstrasse	243
GK 92 Kreditbewilligung für die Asbestsanierung der Sanitätshilfsstelle Rosenberg	244
<b>4. Schulsozialarbeit</b>	
GK 93 Erweiterung der Schulsozialarbeit auf die Primarstufe und den Kindergarten	246
<b>5. Parlamentarische Vorstösse</b>	
GK 76 Postulat der SP-Fraktion vom 21. März 2011 betr. Pilotprojekt „Tagesstrukturen“ (Begründung und Beantwortung)	261
GK 88 Interpellation von André Kirchhofer (FDP) vom 6. Juni 2011 betr. Zukunft des Spitals Zofingen? (Begründung und Beantwortung)	262
GK 99 Dringliche Interpellation von Viviane Hösli, Marcel Thüler und Michael Wacker (alle SP) und Mitunterzeichnende vom 29. August 2011 betr. Zukunft OX. Kultur im Ochsen (Begründung und Beantwortung)	262
<b>6. Umfrage</b>	263



## Begrüssung

Fr. **Patricia Kettner**, Ratspräsidentin, begrüsst die anwesenden Mitglieder des Einwohnerrates und des Stadtrates, den Ratssekretär, die Kaderleute der Verwaltung, den Stadtweibel, die Stadtsaalcrew, die Medienvertreter sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne zur dritten Sitzung im Jahr 2011.

Die Damen und Herren des Kaders sind herzlich willkommen, sie dürfen nach der Behandlung der sie betreffenden Geschäfte die Einwohnerratssitzung aber selbstverständlich wieder verlassen. Dies führte in der Vergangenheit manchmal zu Missverständnissen. Das Ratsbüro und der Einwohnerrat erwarten hingegen bei den Einwohnerratssitzungen, an welchen die Rechnung und das Budget beraten werden, dass die Kaderleute der Verwaltung während der gesamten Sitzung präsent sind. Einerseits weil es sich um Hauptgeschäfte handelt, andererseits weil der Austausch mit dem Kader gut tut und dieses auf diese Weise Einblick in den Ratsbetrieb erhält. Es wird nicht erwartet, dass die Kadermitglieder bei jeder Sitzung, an welcher sie ein Geschäft vertreten, bis zum Schluss anwesend sind.

Sowohl das Radio Argovia als auch das Radio DRS haben den Wunsch geäussert, diese Einwohnerratssitzung bzw. Teile davon tonmässig aufzunehmen. Gemäss § 13 Abs. 3 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates bedürfen Ton- und Bildaufnahmen der Bewilligung des Ratspräsidenten bzw. der Ratspräsidentin. Die Vorsitzende hat diese Bewilligung erteilt und lädt alle ein, den Damen und Herren der Presse Red und Antwort zu stehen.

Die Traktandenliste wurde rechtzeitig zugestellt. Nachdem keine Einwände gegen diese gemacht werden, können die Geschäfte in der vorgesehenen Reihenfolge behandelt werden.

Die Präsenzliste wird noch herumgereicht. Diese wurde aus einem bestimmten Grund zurückbehalten. Seit der Einwohnerrat das letzte Mal zusammengekommen ist, ist so einiges über Zofingen hinweggefegt. Der Sturm hat leider einen äusserst grossen Schaden auf dem Heiternplatz angerichtet. Die FDP-Fraktion hat dem Ratsbüro sowie dem Stadtrat schriftlich mitgeteilt, dass sie heute Abend auf das Sitzungsgeld zu Gunsten des Spendenkontos „Heitere“ verzichtet. Das Ratsbüro hat deshalb entschieden, auf der Präsenzliste eine Spalte „Verzicht auf Sitzungsgeld z. G. Heitere“ hinzuzufügen. Wer es der FDP-Fraktion gleichtun möchte, kann sein Visum in diese Spalte setzen. Es handelt sich aber keinesfalls um eine Verpflichtung.

## Art. 65

### Inpflichtnahme

Die **Vorsitzende** bittet Einwohnerrat Andreas Rügger Waldvogel (FDP) für die Inpflichtnahme nach vorne.

Alle Anwesenden, inkl. Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne, werden gebeten, sich während der Inpflichtnahme von ihren Plätzen zu erheben.



Der **Ratssekretär** verliest die Gelübdeformel: „Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrates die Ehre und die Wohlfahrt der Stadt Zofingen zu fördern und gemäss den Verfassungen und Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.“

Einwohnerrat Andreas Rüeegg Waldvogel (FDP) leistet das Amtsgelübde durch Nachsprechen der Worte „Ich gelobe es“.

Die **Vorsitzende** dankt ihm für seine Bereitschaft, sich im Einwohnerrat zu engagieren und wünscht ihm viel Spass, Erfolg, Durchhaltewillen und Abwechslung bei der verantwortungsvollen Arbeit.

## Mitteilungen

Für heute Abend sind keine **Entschuldigungen** eingegangen. Robert Weishaupt ist an einem Elterngespräch, welches bis um 18.00 Uhr dauert. Er wird deshalb ein wenig später eintreffen. Der Rat wird nach Eintreffen von Einwohnerrat Robert Weishaupt somit mit 40 Mitgliedern verhandlungsfähig sein.

Den Mitgliedern des Einwohnerrates wurden an der heutigen Sitzung die **Protokolle** der Einwohnerratssitzungen vom 21. März und 20. Juni 2011 verteilt. Wie immer können die Einwohnerratsmitglieder innert der Frist von 10 Tagen schriftlich Abänderungen oder Ergänzungen verlangen. Unter diesem Vorbehalt wird das Protokoll dann an der nächsten Sitzung als genehmigt erklärt.

Den Einwohnerratsmitgliedern wurden an der heutigen Sitzung folgende weitere **Unterlagen verteilt**:

- Aktualisierte Sitzordnung
- Aktualisierte Telefonliste
- Broschüre „Dienstleistungen im Überblick“ der Stadt Zofingen

Die **Vorsitzende** bittet Einwohnerrat Hansruedi Hauri, welcher einen wichtigen Schritt gewagt hat, nach vorne. Er hat am 9. Juli 2011 geheiratet. Sie gratuliert ihm und seiner Ehefrau im Namen des Einwohnerrates von Herzen zur **Vermählung**. Als Geschenk wird ihm der Band 3 der Stadtgeschichte „Zofingen im 19. und 20. Jahrhundert – Eine Kleinstadt sucht ihre Rolle“ übergeben.

Ab 1. Januar 2012 wird **Urs Bürkli** neu im Einwohnerrat Einsitz nehmen und den frei werdenden Sitz der FDP besetzen. Andreas Rüeegg Waldvogel hat nicht wie ursprünglich vorgesehen die Nachfolge der Vorsitzenden angetreten, sondern jene von Markus Schär, welcher in der Zwischenzeit ebenfalls seinen Rücktritt bekanntgegeben hatte.

Am 29. Juni 2011 hat eine Privatperson bei der Gemeindeabteilung des Departements Volkswirtschaft und Inneres (DVI) eine **Beschwerde** betreffend Beschlüsse des Einwohnerrates vom 20. Juni 2011 zu den Geschäften Stadtinformatik und Schulinformatik eingereicht. Die Begründung war, dass der Stadtrat mit diesen Vorlagen in einen „IT-Grössenwahn“ verfallen sei zudem seien einfachere Strukturen zu schaffen. Die Beschwerde ging nie beim Stadtrat ein, sondern wurde direkt beim DVI eingereicht. Aus verschiedenen juristischen Gründen wurde nicht auf diese Beschwerde eingetreten. Die Beschlüsse sind nun rechtskräftig.



### Neueingänge

Folgende parlamentarische Vorstösse sind neu eingegangen:

- Postulat von Renata Siegrist, Marco Arni und Dominik Gresch (alle glp/DYM) und Mitunterzeichnende vom 12. September 2011 betr. Einführung von Betreuungsgutscheinen
- Interpellation von Marco Arni (glp/DYM) vom 2. August 2011 betr. Einführung des neuen Natur- und Bewegungskindergartens als Chance
- Dringliche Interpellation von Viviane Hösli, Marcel Thüler und Michael Wacker (alle SP) und Mitunterzeichnende vom 29. August 2011 betr. Zukunft OX. Kultur im Ochsen

Das Postulat und die Interpellation werden an einer der kommenden Sitzungen behandelt. Die Abstimmung über die Dringlicherklärung der Interpellation erfolgt am Schluss der Behandlung der traktandierten parlamentarischen Vorstösse.

### Art. 66

#### GK 82

#### Kreditbewilligung für die Bachwasserleitung Rosengartenstrasse

Hr. **Michael Wacker**, Referent der FGPK, teilt mit, dass die FGPK an ihrer Sitzung vom 24. August 2011 die Vorlage „GK 82 Kreditbewilligung für die Bachwasserleitung Rosengartenstrasse“ geprüft und darüber befunden hat. Mit 7:1 Stimmen empfiehlt sie die Vorlage zur Annahme.

Was hat zu Kritik Anlass gegeben? Es wurde insbesondere über die massive Abweichung der Kosten, welche in der Vorlage veranschlagt sind, gegenüber dem Finanzplan 2011 – 2016 diskutiert. Im Finanzplan ist das Projekt mit CHF 250'000.– eingestellt, das heutige Kreditbegehren liegt 76 % höher. Der Einwohnerrat muss über CHF 440'000.– befinden. Stadtrat Rolf Moor und Bauverwalter Werner Ryter konnten der FGPK die höheren Kosten sachlich begründen. Einerseits würden die im Finanzplan eingestellten Kosten auf einer Basis aus dem Jahr 2000 beruhen und andererseits habe man mit Beiträgen des Kantons gerechnet.

Die FGPK war – trotz dieser Begründung – nur teilweise befriedigt von der Antwort. Obwohl der Einwohnerrat bei der Budgetbewilligung vom Finanzplan jeweils nur Kenntnis nimmt, ist dieser auch für ihn ein Planungsinstrument. Klar ist zudem ebenfalls, dass die Finanzplanung eine rollende Planung darstellt, der jeweils vorliegende Finanzplan bei der Budgetdebatte bereits „veraltet“ und – wie im jetzigen Fall – bei Vorliegen der Kreditvorlage bereits über 1 ½-jährig ist. Die FGPK wünscht sich deshalb, dass sie und der Einwohnerrat in Zukunft über entsprechende Abweichungen informiert werden. Man will nicht Erbsen zählen, aber Überschreitungen von 76 % sind doch eher harte Nüsse. Stadtrat Rolf Moor versicherte der FGPK, dass genau dieses Vorgehen im Stadtrat bereits ange-dacht sei; er nahm den Input der Kommission deshalb wohlwollend entgegen.

Nun zum eigentlichen Projekt: Die Vorlage ist ausführlich und verständlich. Sie beschreibt sehr klar, dass mit diesem Projekt eidgenössisches, kantonales und kommunales Recht vollzogen wird. Es muss also gebaut werden.

Nach der Diskussion in der FGPK hat sich Michael Wacker erlaubt, bei der Bauverwaltung nachzufragen, wie viel Sparpotenzial nach der Fertigstellung und Abtrennung des Steinbruchbodenbaches für die Abwasserkasse der Einwohnergemeinde vorhanden ist.



Der Steinbruchbodenbach bringt im Normalfall eine Wassermenge von 15 Litern pro Minute. Dies ergibt im Jahr 7'884 m<sup>3</sup> Wasser. Die Abwasserreinigungsanlage (ARA) erhebt alle paar Jahre die eingeleitete Wassermenge aus Bächen. Sie wird diese Erhebung ca. im Jahr 2013/2014 wiederum vornehmen. Die 7'884 m<sup>3</sup> werden dann also in Abzug gebracht werden müssen. Bei einer Klärgebühr von CHF 1.15/m<sup>3</sup> ergibt dies rund CHF 9'000.-. Klar macht dies nicht viel aus bei einem Betriebsbeitrag von gut CHF 2,7 Mio. an die ARA, aber immerhin. Und: Viel Kleinvieh erzeugt auch einen grossen Haufen Mist.

Die FGPK empfiehlt dem Einwohnerrat die Vorlage mit 7:1 Stimmen zur Annahme.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet die **Vorsitzende** die Eintretensdebatte.

Hr. **Benjamin Gut** hält fest, dass die Kosten von CHF 440'000.- für die Bachwasserleitung Rosengartenstrasse ein sehr hoher Betrag sind, wenn man bedenkt, dass der Bach gerade mal 15 Liter pro Minute führt. Trotzdem muss aus ökologischer und ökonomischer Sicht festgehalten werden, dass es ein Unsinn ist, der Kläranlage sauberes Wasser zuzuführen. Dazu kommt die erwähnte Kosteneinsparung von CHF 9'066.- bei einer Klärgebühr von CHF 1.15/m<sup>3</sup>. So sieht die SP-Fraktion in diesem Projekt zwar ein luxuriöses Vorhaben, aber auch einen Schritt in Richtung flächendeckende Trennung von Meteor- und Schmutzwasser. Ausserdem hofft Benjamin Gut, dass die neue Leitung auch künftig dazu dienen kann, Oberflächenwasser, welches von den Dächern der Liegenschaften anfällt, zu trennen. Nicht dass dieses Wasser, welches eigentlich sauber ist, unnötigerweise teuer gereinigt werden muss. In diesem Sinne stimmt die SP-Fraktion dieser Vorlage zu.

Fr. **Irma Jordi** möchte sich kurz halten. Nachdem der Einwohnerrat dem Generellen Entwässerungsplan (GEP) zugestimmt hat, scheint die heutige Vorlage eine logische Fortsetzung zu sein. Es ist zu begrüßen, dass das Sauberwasser vom Schmutzwasser getrennt wird. So kann in Zukunft beim Betriebskostenbeitrag an die ARA Geld gespart werden.

Für die Arbeiten wurden anfänglich CHF 250'000.- im Finanzplan eingestellt. Heute liegt jedoch ein Bruttokredit von CHF 440'000.- zur Bewilligung vor. In diesem Zusammenhang drängt sich noch die eine oder andere Frage auf: Rechnet man von Anfang an mit der heute vorliegenden Variante? Auf dem beiliegenden Plan ist nämlich „Variante 2“ vermerkt. Gab es vielleicht noch eine Variante 1 und 3? Weshalb wurden diese allenfalls nicht weiter verfolgt? Ebenfalls würde Irma Jordi interessieren, ob eine solche Sanierung in Zukunft nicht zusammen mit der Sanierung einer defekten Leitung in einem Mal vorgenommen werden könnte. Die Fraktion Dynamische Mitte wird dem stadträtlichen Antrag zustimmen und den Kredit bewilligen.

Gemäss Hrn. **Jakob Lang** ist die FDP-Fraktion der Ansicht, dass es sich bei der Vorlage GK 82 grundsätzlich um ein sinnvolles Projekt handelt. Die Trennung von Sauber- und Schmutzwasser ist je länger je mehr ein Thema, es muss etwas unternommen werden. Zudem ist ein Sparpotential vorhanden und aus ökologischer Sicht ist es sinnvoll, wenn sauberes Bachwasser nicht mit Schmutzwasser vermischt wird. Schaut man in die Vergangenheit, muss festgestellt werden, dass es sich um ein sehr altes Projekt handelt, welches zu einem grossen Teil nicht unter der jetzigen Verwaltung entstanden ist und die früheren Controlling-Instrumente die Anpassung noch nicht abbildeten. Die FDP-Fraktion ist aber der Meinung, dass dies kein Hinderungsgrund ist, sinnvolle Handlungen zu vollziehen. Sie wird dem Projekt deshalb zustimmen.

Hr. **Markus Gfeller** stellt fest, dass es sicher sinnvoll ist, unverschmutztes Wasser von der Kanalisation zu trennen. Dies ist nicht wegzudiskutieren. Die SVP-Fraktion hat trotzdem offene Fragen: Ist



jetzt wirklich der richtige Zeitpunkt, um allein für diese Leitung die ganzen Strassen aufzubrechen? Besteht nicht die Möglichkeit, abzuwarten bis andere Sanierungen, sei dies an Strassen oder anderen Leitungen, anstehen? Weshalb muss auf den letzten 39,5 m ein Bächlein erstellt werden? Dies ist ungefähr die halbe Strecke, wo die Leitung das Kulturland quert. Die Eindolung in eine Röhre wäre bestimmt günstiger, insbesondere was den Unterhalt betrifft. Mit dem Kirchmoosbach besteht an diesem Ort zudem bereits ein attraktives Ökoelement. Ebenso sollte das Verbrauchen von Kulturland auf diese Art eigentlich alle Anwesenden betreffen, welche Wert legen auf einheimische Nahrungsmittel. Hier gilt die Aussage, Kleinvieh macht auch Mist, ebenfalls.

Eine weitere offene Frage: Weshalb wird das Projekt nicht der Abwasserrechnung belastet? Alles was der Vorlage zu entnehmen ist, ist, dass bei Umsetzung des Projekts die Betriebskosten gesenkt werden können. Der Hauptgrund, weshalb die SVP-Fraktion „Nein“ zum stadträtlichen Antrag sagt, ist die Kostenüberschreitung um 76 %. Diese Situation ist nicht erstmalig. Die SVP ist der Ansicht, dass der Investitions- und Finanzplan dadurch nicht nur an Aussagekraft, sondern auch an Glaubwürdigkeit verliert. Deshalb wird sie den Antrag ablehnen.

Hr. **Rolf Moor**, Stadtrat, erklärt, dass die Verlegung der neuen Bachleitung nicht im Bereich der Strasse, sondern im Bereich des Trottoirs erfolgt. Die Strasse bleibt also unberührt und muss nicht aufgebrochen werden. Im Investitionsplan sind CHF 250'000.- vorgesehen, der Kreditantrag beträgt nun jedoch CHF 440'000.-. Die Differenz wurde gerügt und sollte in diesem Ausmass nicht mehr vorkommen. Der Stadtrat will keine Ausreden suchen. Er möchte einfach darauf hinweisen, dass es in der Bauverwaltung eine Zeitperiode gab, in welcher sehr schwierige Situationen bestanden haben. Für die Zukunft wurde ein verschärftes Projekt-Controlling eingeführt und der Investitionsplan soll rollend überprüft und angepasst werden. Somit sollte die Fehlerquelle verringert werden. Das Kontrollsystem wurde der FGPK bei der Prüfung der Rechnung 2010 diesen Frühling im Detail vorgestellt.

Gemäss Abwasserverband ist der Bach aus dem Steinbruchwald im Verzeichnis „Punktquellen, Fremdwasser“ mit 3 Liter pro Sekunde aufgeführt. Im Kostenverteiler macht dies – bei einer Fremdwassermenge um die 3 Liter pro Sekunde – eine Reduktion von jährlich CHF 18'600.- aus. Die Rechnung Ende Jahr fällt dann kleiner aus.

Es wurden nicht zwei oder drei Varianten geprüft. In der Vorlage sind die realen Zahlen aufgeführt und diese werden dem Einwohnerrat heute Abend beantragt.

Weshalb soll der Bach offengelegt werden? Dieses Projekt ist in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton, mit welchem das Projekt beraten wurde, entstanden. Es gibt gewisse Vorgaben und Vorschriften mit Empfehlungen des Kantons in ökologischer Hinsicht.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet die **Vorsitzende** die Detailberatung über die Vorlage.

## II Kosten

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann, ist es ein wichtiges Anliegen, auf die Situation der Kostenüberschreitung einzugehen. Eine Kostenüberschreitung liegt eigentlich dann vor, wenn bei einem Projekt mehr ausgegeben wird als der bewilligte Projektkredit. Vor noch nicht allzu langer Zeit versprach er als Ressortvorsteher Finanzen, er werde sich darum bemühen, im Finanzplan alle Projekte so gut wie möglich anzuzeigen. Es gab eine Zeit, zu welcher im Finanzplan bei Projekten, bei wel-



chen keine Kostenschätzung vorgenommen wurde, eine Null stand. Von einem Jahr auf das andere standen dann plötzlich CHF 3 Mio. dort. Er möchte betonen, dass er sich gegen frühere Kaderleute der Bauverwaltung energisch durchsetzen musste, um überhaupt an Zahlen zu gelangen. Nur so ist eine seriöse Finanzplanung möglich. Es handelt sich aber um Kostenschätzungen. Ergeben sich beim Projekt Änderungen, kann dies zu Differenzen führen. Diese sind unschön, aber es kann auch in Zukunft vorkommen, dass, wenn ein Projekt konkret angegangen wird, solche Differenzen entstehen. Er bittet den Einwohnerrat, in einer solchen Situation fair zu sein und dem Stadtrat diese Differenz zuzugestehen. Sonst wird wieder ein Schritt rückwärts gemacht, und überall eine Null eingesetzt, was das Ergebnis noch mehr verfälschen würde.

Hr. **Stefan Giezendanner** darf in der FGPK dabei sein, ebenso bei der Prüfung der diversen Geschäfte. Es ist nicht das erste Mal, dass der Einwohnerrat zu hören bekommt, dass Änderungen herbeigeführt wurden. Stefan Giezendanner glaubt auch, dass diese langsam aber sicher greifen werden. Nichtsdestotrotz wird einmal mehr über zusätzliche CHF 190'000.– diskutiert, welche im Endeffekt den Steuerzahler bzw. die Steuerzahlerin treffen. Es sind Summen, welche ihm ein ungu-tes Gefühl verleihen. Weshalb? Nicht primär wegen des vorliegenden Geschäfts, sondern vielmehr wegen der grossen Auswirkungen auf den Finanzplan. Irgendwann wird man sich darüber unterhalten müssen, welche Geschäfte hinten angestellt oder zeitlich verzögert werden sollen, weil in der Vergangenheit solche Geschäfte bewilligt wurden. Aus diesem Grund wird die SVP-Fraktion grossmehrheitlich gegen diese Vorlage stimmen.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Die **Vorsitzende** lässt über den stadträtlichen Antrag abstimmen:

Für die Erstellung der Bachwasserleitung Rosengartenstrasse sei ein Bruttokredit von CHF 440'000.–, zuzüglich allfälliger Teuerung, zu bewilligen.

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 30:9 Stimmen zugestimmt.**

## Art. 67

### GK 90

#### **Kreditbewilligung für die Sanierung und Aufwertung von Schmiedgasse und Storchengasse**

Hr. **Thomas Valko**, Referent der FGPK, weist darauf hin, dass die Schmiedgasse und die Storchengasse bauliche Mängel an der Pflasterung, bei den Randsteinen, der Entwässerung und den Werkleitungen aufweisen. Die Stadt Zofingen hat zudem vor Jahren eine Strategie bezüglich der Pflasterung festgelegt. Dies ist die Ausgangslage dieser klar strukturierten und gut vorbereiteten Vorlage GK 90, welche mit zwei Anträgen abschliesst – nämlich die Sanierung und optische Aufwertung der Schmiedgasse und Storchengasse sowie die Sanierung der Kanalisation der beiden Gassen.

Die Sanierung der Kanalisation der beiden Altstadtgassen war in der FGPK unbestritten und wurde aus diesem Grund auch eindeutig bzw. einstimmig angenommen. Angeregt wurde einzig der eventuelle Einbau von Leerrohren. Die Kosten von CHF 152'250.– sind klar ausgewiesen. Diese sind aber nicht im Finanz- und Investitionsplan enthalten, da sie über den Eigenwirtschaftsbetrieb Abwasserbeseitigung finanziert werden.





In der FGPK wurde hingegen diskutiert, ob die Oberflächensanierung der beiden Gassen eventuell nicht doch in die Kategorie „nicht unbedingt nötig“ gehört und dieses Geld allenfalls für wichtigere Vorhaben einzusetzen ist. Schlussendlich hat aber die Ansicht überwogen, dass die Erneuerung nicht nur eine Investition in die Zukunft ist, sondern, dass mit der neuen Pflasterung auch die Sicherheit – insbesondere für ältere Fussgängerinnen und Fussgänger – verbessert werden kann.

Einige Anregungen, was sonst noch alles machbar wäre, sind eingeflossen. Der FGPK wurde versichert, dass die Parkplätze nicht aufgehoben werden und die Signalisation verdeutlicht wird.

Der Antrag 1 mit der Kreditbewilligung von CHF 440'700.– für die Aufwertung der Schmiedgasse und Storchengasse, welche im Finanz- und Investitionsplan mit CHF 450'000.– enthalten und somit genau richtig ist, wurde von der FGPK mit 6:2 Stimmen gutgeheissen.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet die **Vorsitzende** die Eintretensdebatte.

Fr. **Yolanda Senn Ammann** ist begeistert vom Stadtbauamt. Heute Abend sind drei Vorlagen zu behandeln und jede kostet CHF 440'000.–. Scheinbar ist es wirklich einfacher geworden.

Zur Vorlage GK 90: Yolanda Senn Ammann ist dagegen. Vor Jahren hat es eine Diskussion gegeben wegen des Neubaus einer Garage in der Liegenschaft Jud. Sie war zu dieser Zeit Mitglied der Altstadtkommission und hat sich vehement dafür eingesetzt, dass diese Garage nicht gebaut wird, weil das Altstadttreglement Neubauten von Garagen nicht zulässt. Damals wurde gesagt, die Schmiedgasse sei eine absolut unwichtige Nebengasse, historisch gesehen könne sogar von einem „Remiseplatz“ die Rede sein. Auf die Einwände von Yolanda Senn Ammann wurde seinerzeit nicht gehört und die unwichtige Nebengasse erhielt ihre Garage. Nun will man diese Gasse plötzlich auch noch aufwerten. Sie kann nicht verstehen, dass man die Meinung alle 5 Jahre ändert. Aus diesem Grund ist sie dagegen.

Fr. **Irma Jordi** stellt fest, dass in der Vorlage unter anderem steht, die beiden Altstadtgassen seien in einem schlechten Zustand. Ebenso ist zu lesen, dass der öffentliche Raum zunehmend an Beliebtheit und Bedeutung gewinne. Wer die Schmiedgasse kennt und auch schon im lauschigen Gartenrestaurant des Restaurants Schmiedstube sass, weiss, dass in der Schmiedgasse ein einziges Verkehrschaos herrscht. Irma Jordi würde interessieren, was dort genau aufgewertet werden soll.

Von der Gerbergasse her fährt man mit dem Auto in die Rathausgasse, in welcher Einbahnverkehr herrscht. Die Schmiedgasse ist von dort aus als Sackgasse beschildert. Dies hindert die Automobilistinnen und Automobilisten jedoch nicht daran, wenn die vorderen drei Parkplätze besetzt sind, in die Gasse zu fahren, um dann festzustellen, dass die hinteren beiden Parkplätze ebenfalls belegt sind. Wer die Verkehrsregeln nicht brechen möchte, ist gezwungen, auf dem kleinen Platz umzukehren und wieder wegzufahren. Die etwas Mutigeren nehmen den Weg durch die Storchengasse, welche mit einem Fahrverbot belegt ist. Ohne übertreiben zu wollen wagt sie zu behaupten, dass täglich 30 bis 50 Autos den Versuch wagen, einen der ohnehin bereits besetzten Parkplätze zu ergattern. Sie hat in der Nachbarschaft herumgefragt und dies wurde ihr bestätigt. Man kann sich vorstellen, wie gemütlich es sich im lauschigen Gartenrestaurant unter diesem Aspekt sitzen lässt.

An der Schmied- und Storchengasse herrscht ein grosses gewerbliches Treiben. Jene, welche die Situation vor Ort nicht kennen, glauben ihr möglicherweise nicht. Einerseits gibt es da das Restaurant Schmiedstube, welches dank seiner äusserst guten Küche sehr gut besucht ist. Weiter ist da auch das Fitnesscenter Vital, welches speziell auf Frauen ausgerichtet ist. Am Platz befindet sich



ebenfalls eine Modedesignerin, welche schweizweit – und möglicherweise auch über die Schweizer Grenze hinaus – tätig ist und spezielle Eigenkreationen herstellt. Zudem gibt es ein sehr gut frequentiertes Freudenhaus, welches im Übrigen absolut kein Problem darstellt – man sieht und hört überhaupt nichts. Für diese Kundenfrequenz stehen fünf Parkplätze zur Verfügung, welche ohnehin nichts bringen. Es sind nämlich viel mehr Leute, welche dort jeden Tag ein und aus gehen. Man könnte diese also gleich sein lassen.

Der Aufwertung der Häuser sollte ebenfalls ein wenig Rechnung getragen werden. Die Eigentümer haben viel Geld darin investiert. Einerseits ist dies die Rückseite des Hotels Amadeo, welche chic daherkommt. Andererseits sind es die schönen Loftwohnungen und das Stadthaus der Firma Wyler, welche wunderschön renoviert wurden. Weiter ist da das Stadthaus der Familie Jud, welches erneuert wurde. Einzig das Verkehrschaos ist geblieben. Die Fraktion Dynamische Mitte ist nicht bereit, unter diesen Voraussetzungen über CHF 440'000.– zu investieren. Dieses Geld kann man sich sparen.

Die Fraktion Dynamische Mitte hat sich überlegt, dieses Geschäft zurückzuweisen. So könnte sich der Stadtrat nochmals Gedanken machen zur ganzen Situation. Sie möchte aber nicht unnützlich Zeit verstreichen lassen. Aus diesem Grund wird sie einen Antrag stellen, in welchem sie eine Verkehrsbefreiung verlangt, ausgenommen Zubringerdienst und Anwohnende. Die Fraktion Dynamische Mitte hofft sehr, dass ihr Antrag im Rat eine Mehrheit finden wird und bedankt sich bereits jetzt für die Unterstützung.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass die Abstimmung über den Antrag der Fraktion Dynamische Mitte vor der Abstimmung über die beiden stadträtlichen Anträge erfolgen wird.

Hr. **Michael Wacker** teilt mit, dass auch die SP-Fraktion über die Sanierung und Aufwertung diskutiert hat. Dabei stellte sie sich die Frage, ob man nicht bei jeder Investitionsvorlage – gerade bei der momentan angespannten finanziellen Situation der Stadt Zofingen – das Wort Luxusprojekt in den Mund nehmen könnte. Ja, möglicherweise könnte man dies effektiv, aber die SP-Fraktion hat auch den Eindruck, dass diese Vorlage keinesfalls zurückgewiesen oder abgelehnt werden darf.

Weshalb? Vor ein paar Jahren wurde in Zofingen die Vordere Hauptgasse saniert und aufgewertet. Wohl niemand in diesem Saal oder in Zofingen bereut heute den Gewinn für die Zofinger Altstadt. Die vorliegende Vorlage ist eigentlich lediglich eine logische Fortsetzung der damals angefangenen Stadtaufwertung. Klar kann an jeder Vorlage herumgörgelt und das eine oder andere gefordert werden; auch die SP-Fraktion wird dies tun. Der Einwohnerrat sollte aber seine Wünsche im Zaum halten, oder anders gesagt, nur den Lackschaden ausbessern und nicht gleich einen Neuwagen kaufen. Bessert man den Lackschaden aber aus, sollte dieser auch richtig ausgebessert werden. Man will doch nicht bloss ein wenig Farbe über einen Kratzer streichen und diese womöglich auch noch selber mischen. Jeder weiss, dass ein solches Austupfen eines Kratzers früher oder später links und rechts davon zu Rost führt. Also soll der Lackschaden doch richtig und fachgerecht ausgebessert werden. Im Klartext heisst dies, zuerst die tiefen Schichten sanieren und dann den Kratzer professionell neu lackieren.

Schaut man genauer in die Vorlage, sind die beiden Kreditbegehren einzeln gar nicht funktionsfähig. Man kann die Gassen nicht aufwerten, ohne vorher die Kanalisation zu sanieren. Bei der Kanalisationssanierung fehlen in der Kostenaufstellung jedoch die Arbeitsgattungen „Pflästerungen und Abschlüsse“, welche im Teil der Gassenaufwertung mit CHF 190'000.– aufgeführt sind. Geht man davon aus, dass das erste Kreditbegehren zurückgewiesen oder abgelehnt wird, müsste man damit



rechnen, dass das zweite Kreditbegehren ungefähr doppelt so teuer zu stehen kommen würde. Viel gespart würde also nicht.

Weshalb kommt Michael Wacker zu diesem Schluss? Die Platzverhältnisse in diesen beiden Gassen sind relativ eng und die notwendigen Gräben werden wohl ziemlich gross sein. Man wird also praktisch die gesamte Pflasterung entfernen müssen. Die Kosten für den Wiedereinbau würden bei einer allfälligen Ablehnung des ersten Antrags also trotzdem anfallen. Wer den Kotflügel seines Oldtimers für teures Geld von Kratzern und Rost befreien lässt, wird sich das Polieren des restlichen Autos wohl ebenfalls leisten können. Es macht auch viel mehr Freude, für einen schönen und gepflegten Oldtimer Komplimente zu erhalten, als dauernd auf die kleinen Makel hingewiesen zu werden.

Die rund CHF 450'000.- entsprechen diesmal auch tatsächlich dem im Finanzplan eingesetzten Betrag. Also würde es auch hier an einen Schuldbürgerstreich grenzen, wenn die Vorlage heute Abend abgewiesen oder abgelehnt würde.

Die SP-Fraktion steht einstimmig hinter der Vorlage und wird eventuelle Anträge bezüglich Parkplätze unterstützen. Auch sie würde mindestens einen Autoparkplatz gerne als Veloparkplatz sehen. Weiter wird sie in der Detailberatung unter Punkt III einen Antrag zur Begrünung stellen.

Gemäss Hrn. **Jakob Lang** steigen die Emotionen, wenn es um Pflastersteine geht. Ob diese nun viereckig und gerade oder viereckig und rund oder grau oder gelblich sind – jeder und jede kann mitreden. Er kann sich erinnern, dass seit Jahrzehnten über das Erscheinungsbild der Altstadt diskutiert wird. Man konnte mit ansehen wie – in den Augen von gewissen Personen – das Rainli verhandelt wurde. Schlussendlich kam dieses Vorhaben aber gar nicht so schlecht heraus. Die Akzeptanz gegenüber dem Erscheinungsbild der Altstadt ist hoch.

Was soll miteinander verkoppelt werden? Es sind Werkleitungen, welche repariert werden müssen. Der Vorredner hat darauf hingewiesen, dass man keine Vorlage haben kann, in welcher die Werkleitungen ersetzt werden, die Pflasterung obendrauf jedoch nicht. Wenn das Vorhaben ausgeführt werden soll, ist es richtig, dass dieses gemäss Konzept realisiert wird. Ein gleiches wurde in der Vergangenheit bereits erfolgreich durchgeführt.

Nun liegen noch einige Zusatzbegehren vor, wie zum Beispiel weniger Parkplätze, Veloabstellplätze und Beheben des Verkehrschaos, obwohl man vom Verkehr glücklicherweise nicht viel merkt. Im Übrigen glaubt Jakob Lang, dass jene Leute, welche dort verkehren, ihre Autos nicht unbedingt auf die fünf Parkplätze abstellen. Seiner Erfahrung nach, sind diese meistens zu Fuss unterwegs. Jedenfalls wurde er als Junge auch schon gefragt, wo sich die Storchengasse befindet.

Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass die Vorlage gut, vernünftig und ausgereift ist. Diese soll nicht mit weiteren Begehren überladen werden. Jakob Lang möchte daran erinnern, dass eine Abstimmung über die Blaue Zone ansteht. Es gibt grosse Bevölkerungsschichten, welche gerne motorisierten Verkehr haben in der Altstadt. Von dem her wäre jetzt der falsche Zeitpunkt, um Parkplätze aufzuheben. Dies mag ein berechtigtes Anliegen sein, aber er möchte davor warnen, jetzt dieses Geschäft zu überfrachten und heute Abend reinzuschliessen. Jakob Lang ruft dazu auf, die Vorlage so zu akzeptieren wie sie ist. Dies ist eine gute Sache.

Les jeux sont faits. Hr. **Stefan Giezendanner** stellt fest, dass die Meinungen in diesem Sinne gebildet sind und nicht mehr gross darauf eingetreten werden muss. Nichtsdestotrotz ist es ihm ein Anliegen, die Stimmung in der SVP kurz zu erläutern. Entgegen der Annahmen wurden sehr heisse



und auch tiefgründige Diskussionen zu diesem Geschäft geführt. Zu Recht gibt es auch innerhalb der SVP-Fraktion verschiedene Ansichten.

Das Geschäft ist als solches nämlich nachvollziehbar und nicht masslos übertrieben. Es wurde gute Arbeit geleistet und es wäre die Realisierung – mit Betonung auf „wäre“ – der dritten und letzten Etappe der Altstadt aufwertung. Es sei aber gesagt, dass es künftig um ein engeres finanzielles Konzept geht, in welchem der angespannten Lage der Einwohnergemeinde Zofingen Rechnung getragen werden muss.

So unpopulär dies auch ist, Stefan Giezendanner steht hier vorne und sagt, was für die SVP im Endeffekt wünschbar oder notwendig ist. Es wird auch nicht das letzte Mal sein, dass der Wohnerrat dies von der SVP zu hören bekommen wird. Er hofft, dass sich dies ein wenig einprägt, was wünschbar und was notwendig ist. Er ist der Meinung, dass sich der Stadtrat diese Frage ebenfalls gestellt hat, sonst würde dieser nicht gleich zwei verschiedene Anträge unterbreiten. Der Stadtrat hat sich nämlich auch überlegt, ob das eine und/oder das andere benötigt wird und eine sehr gute Steilvorlage gegeben.

Die SVP-Fraktion hat diesen Auftrag aufgenommen und analysiert und kommt dabei ganz klar zum Schluss, dass die Kanalisationserneuerung nötig ist. Hingegen ist nicht der richtige Moment für die Attraktivitätssteigerung im Betrag von rund CHF 440'000.–. In diesem Sinne wird die SVP-Fraktion den Antrag 1 verneinen und den Antrag 2 bejahen.

Fr. **Yolanda Senn Ammann** hat noch eine Verständnisfrage. Wenn sie die Vorlage liest, entnimmt sie daraus, dass Kanalfernsehaufnahmen durchgeführt wurden, weil man die Pflasterung neu machen will. Es besteht also keine Notlage, die Rohre auszuwechseln. Die Aufnahmen erfolgen im Vorfeld von Strassensanierungen. Was war zuerst, das Huhn oder das Ei?

Hr. **Rolf Moor**, Stadtrat, erklärt, dass das vorliegende Geschäft in den vergangenen Tagen hohe Wellen geworfen hat. Mehr als der Stadtrat je angenommen hätte. Die Investitionen für die Sanierung und Aufwertung der Schmiedgasse und Storchengasse seien zu teuer gemäss der zukünftigen finanziellen Entwicklung der Stadt Zofingen. Die Sanierung entspreche nicht einer Aufwertung der Altstadt mit den fünf integrierten Parkplätzen. Demzufolge soll das Geschäft nochmals zurück an den Stadtrat. Dass die Sanierung der Kanalisation erforderlich ist, wird grossmehrheitlich gutgeheissen.

Auf dem der Vorlage beiliegenden Situationsplan ist ersichtlich, wo die neue Pflasterung in der Schmiedgasse und Storchengasse vorgesehen ist. In diesem Bereich soll auch die Kanalisation saniert werden. Diese hat eine Länge von 47 m und die Zuleitungen zu den beiden Einlaufschächten betragen ca. 23 m. Man geht von einer Arbeitsbreite von ca. 2 m aus. Dazu muss ein entsprechender Graben geöffnet werden, was einer Fläche von 140 m<sup>2</sup> entspricht. Der Graben muss dann auch wieder geschlossen werden.

Turnusgemäss werden Kanalisationsleitungen mittels Kanalfernsehaufnahmen geprüft. Die bestehende Schmutzwasserleitung in der Schmiedgasse ist in einem schlechten Zustand und zeigt folgendes Schadenbild auf: Längs- und Querrisse, Riss- und Scherbenbildung in den Rohrwandungen, Rohrwandungen sind ausgewaschen, unverputzte Anschlüsse und abgeplatzte Muffen. Werden diese Schäden nicht behoben, können weitere Schäden auftauchen, wie zum Beispiel Grundwasserverschmutzung, Geruchsemissionen usw. In der Schmiedgasse werden seit 1995 Aufnahmen gemacht.



Stadtrat Rolf Moor zeigt ein Bild, auf welchem ersichtlich ist, wie sich der Zustand der Kanalisationsleitung in den letzten Jahren verschlechtert hat.

Wird nur die Kanalisation saniert, müssen rund 140 m<sup>2</sup> oder 13 % der gesamten Oberfläche durch einen Graben geöffnet werden. Die Fläche der gesamten Pflasterung, welche auf dem Situationsplan zu sehen ist, beträgt 1'100 m<sup>2</sup>. Um die Kosten, falls nur die Kanalisation saniert wird, einigermaßen vernünftig zu gestalten, empfiehlt es sich, nach der Sanierung der Kanalisation und dem Einbau des Untergrunds, die Anpassungen links und rechts der bestehenden Pflastersteine mittels Teerbelag auszuführen. Dieses Modell ist gang und gäbe und es handelt sich um ein Provisorium. Ein Provisorium bis zum Zeitpunkt, zu welchem der Kredit für die Gassensanierung bewilligt würde. Zu den beantragten Kosten von CHF 152'250.- würden für ein Provisorium aus Teerbelag also noch ca. CHF 25'000.- oder 17 % dazu kommen. Die Variante ohne Teerbelag, sondern mit wieder ergänzen der Pflasterung würde Mehrkosten von ca. CHF 50'000.- oder 33 % zur Folge haben. Mit dieser Variante wären aber die Mängel der Oberflächenentwässerung nicht behoben.

Bei Projekten, bei welchen Strassen, Kanalisationen und Werkleitungen saniert werden, werden die Kosten bis und mit Einbau des Untergrunds – ohne Deckbelag – dem Eigenwirtschaftsbetrieb Abwasserbeseitigung verrechnet und die Anträge entsprechend gestellt. Der Fertigbelag obendrauf wird dem Strassenbauprojekt belastet. Diese Systematik wurde in der Vergangenheit immer angewendet und hat sich in der Praxis bewährt.

Da der Zeitpunkt für die Sanierung der Kanalisation gekommen ist, erachtet es der Stadtrat als sinnvoll, dass Synergien genutzt werden und ein weiterer Teil der Gassensanierung zur Aufwertung der Altstadt umgesetzt wird. Die Altstadtgassen weisen zum Teil sehr unterschiedliche Pflasterungen auf, wie zum Beispiel Granitsteine, Kopfsteine und Natursteinplatten. Ebenso weisen sie Mängel bei den Randsteinen auf. Gerade auch für ältere Leute ist die heutige Pflasterung bei Nässe sowie im Winter gefährlich und eine nicht zu unterschätzende Stolperfalle.

Mit der Gassensanierung Schmiedgasse und Storchengasse würden folgende Ziele erreicht: Steigerung der Attraktivität der Altstadt, Sanierung und Aufwertung der Gassen, Niveausausgleich zwischen den Gassen, Schaffung eines einheitlichen Erscheinungsbildes der Gassenoberflächen durch einen homogenen bautechnischen Aufbau sowie eine einheitliche Pflasterung, Förderung der Bewohnbarkeit der Altstadt, Erhöhung des Wohnwertes in der historischen Altstadt und Anpassung der Pflasterung an die angrenzenden Gassen, Eingänge und Einfahrten.

Es ist nicht Aufgabe des Stadtrates, in dieser Vorlage die bestehenden fünf Parkplätze aufzuheben. Erhält der Stadtrat einen Prüfauftrag für einen eingegrenzten Bereich, welcher auch politisch grossmehrheitlich begrüsst wird, würde er diesen bestimmt anschauen und überprüfen. Die fünf Parkplätze haben für die einen Personen einen Vorteil und für die anderen einen Nachteil. Zur Begründung, mit der Sanierung erfolge keine Aufwertung, ist der Stadtrat anderer Meinung. Im Übrigen können die Parkfelder ohne bauliche Massnahmen und mit geringen Kosten jederzeit wieder entfernt werden. Der Stadtrat ist der Ansicht, dass das heute bestehende Parkraumangebot auf dem öffentlichen Grund in der und unmittelbar um die Altstadt grundsätzlich ausreichend ist und nicht erweitert werden muss. Mit entsprechenden steuernden Massnahmen soll die Auslastung der verschiedenen Areale jedoch ausgeglichen werden. Andererseits will der Stadtrat aber grundsätzlich auf die Aufhebung von bestehenden Parkplätzen so lange verzichten, bis neuer Parkraum geschaffen wird. Diese Haltung hat er auch in seiner Stellungnahme zur eingereichten Motion der SVP betr. „Eventualplanung Parkhaus Untere Vorstadt“ vom 16. Februar 2011 vertreten.



Die Ausgangslage ist klar. Die Kanalisation ist in einem schlechten Zustand und muss saniert werden. Demzufolge ist es auch sinnvoll, zugleich die Sanierung der beiden Gassen vorzunehmen, da diese ebenfalls begründete Baumängel aufweisen. Stadtrat Rolf Moor bittet den Einwohnerrat, sich folgende Überlegungen bezüglich Sinn und Zweck zu machen, bevor zur Abstimmung geschritten wird: Will man wirklich nur die Kanalisation sanieren und ein längerfristiges Belagsprovisorium sowie Mehrkosten von 17 % oder erhebliche Mehrkosten von 33 % für die Wiederergänzung der Pflasterung in Kauf nehmen? Will man den Anstossenden eine zweimalige Baustelle mit Lärm, Staub und Unannehmlichkeiten zumuten? Sind der Kredit von CHF 440'700.- und die Kosten für die Kanalisation von CHF 152'250.- nicht sinnvoll und zweckmässig investiertes Geld für die nächsten 20 oder 30 Jahre? Wurde mit der Aufwertung der Altstadtgassen nicht ein weiterer kleiner Schritt in Richtung Entwicklung der Zofinger Altstadt vollzogen?

Stadtrat Rolf Moor hofft, dass er dem Einwohnerrat auf einfache Art erklären konnte, welche baulichen Schnittstellen vorhanden sind und welche Auswirkungen das Projekt auf verschiedene Bereiche haben kann. Der Stadtrat hofft zudem, dass der Einwohnerrat bei diesem Projekt die richtigen Schwerpunkte erkennt und den Auftrag erteilt, um eine fachlich optimierte, zukunftsgerichtete Sanierung vollziehen zu können.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet die **Vorsitzende** die Detailberatung über die Vorlage.

### III Bauprojekt

Hr. **Michael Wacker** teilt mit, dass die SP-Fraktion zu „2. Bautechnischer Aufbau“ folgenden Antrag stellt: Der Baum mit der Baumgrube vor dem Restaurant Schmiedstube soll nicht aufgehoben werden. Die 2010 gepflanzte Säuleneiche wird an ihrem Standort belassen.

Die Begründung für den Antrag lautet wie folgt: Die Natur- und Landschaftskommission hat an ihrer Sitzung vom 1. Dezember 2009 der Fällung des damals am selben Ort stehenden Ginkgos zugestimmt. Begründet wurde der Fällungsantrag mit dem unangenehmen Geruch der Früchte dieses Baumes, wenn diese im Herbst zu Boden fallen. Diese Früchte stinken dermassen, dass Hundekot dagegen wie Parfüm riecht. Es ist verständlich, dass die Anwohnenden nicht unbedingt erfreut waren, jeden Herbst durch diese stinkenden Früchte zu laufen. Aus diesem Grund stimmte die Kommission dem Antrag zu. Jedoch unter der Bedingung, dass eine Ersatzpflanzung vorgenommen wird. Diese wurde im Frühling 2010, also vor rund 1½ Jahren, vorgenommen. Der Baum könnte kostenneutral entfernt, gelagert und nach erfolgter Sanierung wieder gepflanzt werden. Auf eine Erläuterung zum Wert von Bäumen in innerstädtischen Gebieten verzichtet Michael Wacker an dieser Stelle.

Hr. **Rolf Moor**, Stadtrat, ist der Ansicht, dass der Baum in dieselbe Kategorie Anliegen gehört wie die Parkplätze. Man wird schauen, dass dieser wieder gepflanzt oder umgepflanzt werden kann.

Nachdem das Wort zum Antrag der SP-Fraktion nicht mehr verlangt wird, lässt die **Vorsitzende** darüber abstimmen:

Der Baum mit der Baumgrube vor dem Restaurant Schmiedstube soll nicht aufgehoben werden. Die 2010 gepflanzte Säuleneiche wird an ihrem Standort belassen.

**Dem Antrag wird mit 30:3 Stimmen (bei 6 Enthaltungen) zugestimmt.**



Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr in der Detailberatung. Die **Vorsitzende** lässt über den Antrag der Fraktion Dynamische Mitte abstimmen:

Die Fraktion der Dynamischen Mitte beantragt, dass der Stadtrat im Sinne einer echten Aufwertung von Schmiedgasse/Storchengasse eine Verkehrsbefreiung der beiden Gassen im Rahmen des Projektes GK 90 eingehend prüft und umsetzt.

**Dem Antrag wird mit 19:17 Stimmen (bei 3 Enthaltungen) zugestimmt.**

Die **Vorsitzende** lässt über die stadträtlichen Anträge abstimmen:

1. Für die Sanierung und Aufwertung der Schmiedgasse und der Storchengasse sei ein Bruttokredit von CHF 440'700.-, zuzüglich allfälliger Teuerung, zu bewilligen.

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 26:11 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) zugestimmt.**

2. Für die Sanierung der Kanalisation Schmiedgasse/Storchengasse sei ein Bruttokredit von CHF 152'250.- zulasten des Eigenwirtschaftsbetriebes Abwasserbeseitigung, zuzüglich allfälliger Teuerung, zu bewilligen.

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38:1 Stimmen zugestimmt.**

## Art. 68

### GK 91

#### **Kreditbewilligung für die Fertigstellung der Weidstrasse**

Hr. **Marcel Thüler**, Referent der FGPK, hält fest, dass am heutigen Abend noch ein weiteres Strassenprojekt vorliegt. Diesmal geht es aber um die Fertigstellung einer bereits bestehenden Privatstrasse, der Weidstrasse. Die FGPK hat das Geschäft geprüft und Marcel Thüler kann vorneweg nehmen, dass sie dieses einstimmig zur Annahme empfiehlt.

Der Stadtrat hat in diesem Fall eine Mediationsaufgabe wahrgenommen und die Privateigentümer der Weidstrasse dazu geführt, dass aus dem Provisorium eine definitive Lösung entstehen kann. Nach der Sanierung soll die Strasse in das Gemeindeeigentum aufgenommen werden. Die Diskussion zu diesem Geschäft war in der FGPK sehr kurz. Die Fragen zu den Finanzen wurden zufriedenstellend beantwortet. Der Stadtrat hat seine Hausaufgaben gemacht und den Anwohnenden geholfen, eine endgültige Lösung für dieses länger andauernde Problem zu finden. Die FGPK schlägt dem Einwohnerrat diese Vorlage ohne Gegenstimme zur Annahme vor.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet die **Vorsitzende** die Eintretensdebatte.

Hr. **Robert Weishaupt** darf den Anwesenden die beschlossene Haltung der Fraktion Dynamische Mitte bekanntgeben. Das Projekt ist angesichts des Sanierungsbedarfs völlig unbestritten und aus ihrer Sicht notwendig und auch gerechtfertigt. Sie wird dem Antrag deshalb zustimmen. Die Fraktion Dynamische Mitte hat nichts mehr beizufügen und appelliert an eine Zustimmung zum stadträtlichen Antrag.



Hr. **Benno Riss** stellt fest, dass es zu dieser Vorlage tatsächlich nicht viel zu sagen gibt. Es spricht für den Stadtrat, dass er es geschafft hat, die Anliegen der Bewohnenden mit den Interessen der Stadt Zofingen zu vereinigen. Die Vorlage ist verständlich und die resultierenden Kosten sind für die Stadt Zofingen – im Vergleich zu anderen anstehenden Strassenprojekten – einen Klacks. Die SP-Fraktion unterstützt diese Vorlage ebenfalls.

Hr. **Michael Müller** teilt mit, dass auch die SVP-Fraktion dieses Geschäft beraten hat. Es ist natürlich nicht schwierig, zu einem Thema „Ja“ zu sagen, wenn die Kosten im Endeffekt grösstenteils abgewälzt werden können. Die SVP-Fraktion möchte es aber nicht unterlassen, den involvierten Parteien ihren Dank auszusprechen für die gefundene Lösung, mit welcher eine nachhaltige und endgültige Situation herbeigeführt werden kann. Auch sie wird diesem Traktandum zustimmen.

Gemäss Hrn. **Jakob Lang** war für die FDP-Fraktion wichtig, dass eine Lösung gefunden wird. Sie möchte sich ebenfalls bei den Mitwirkenden bedanken. Es ist nicht selbstverständlich, solch knifflige Überführungen zu lösen. Die vorliegende Lösung ist gut und nachhaltig.

Es wurden keine Fragen an den Stadtrat gestellt. Hr. **Rolf Moor**, Stadtrat, hat keine Ergänzungen.

Die Eintretensdebatte ist abgeschlossen. Nachdem sich alle Fraktionen einig sind, verzichtet die **Vorsitzende** darauf, die Vorlage abschnittsweise zu beraten. Wer noch Fragen zu den einzelnen Abschnitten hat, kann diese jetzt stellen.

Das Wort wird nicht verlangt. Die **Vorsitzende** lässt über den stadträtlichen Antrag abstimmen:

Für die Sanierung und Fertigstellung der Weidstrasse sei ein Bruttokredit von CHF 254'500.–, zuzüglich allfällige Teuerung, abzüglich Beiträge, zu bewilligen.

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38:0 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zugestimmt.**

Art. 69

GK 92

### **Kreditbewilligung für die Asbestsanierung der Sanitätshilfsstelle Rosenberg**

Fr. **Anne-Käthi Kremer**, Präsidentin der Spezialkommission Seniorenzentrum, hält fest, dass das Geschäft GK 92, also der beantragte Kredit für die Asbestsanierung der Sanitätshilfsstelle (SanHist) Rosenberg, durch die einwohnerrätliche Spezialkommission Seniorenzentrum anstatt durch die FGPK vorberaten wurde. Dies weil die SanHist mehr oder weniger unter dem Rosenberg liegt.

Seit die Spezialkommission Seniorenzentrum vor einigen Jahren ihre Arbeit aufgenommen hat, war das weitere Vorgehen bezüglich SanHist mehrmals ein Thema in der Kommission. So auch im Rahmen des Umbaus des Rosenbergs. Gemäss Absprache zwischen dem Einwohnerratspräsidium und dem Stadtrat wurde die Kreditbewilligung deshalb der Spezialkommission Seniorenzentrum zur Vorberatung zugeteilt.

Die Kommission traf sich nach langer Arbeitspause am 29. August 2011 wieder und nahm die vorliegende Vorlage quasi als Aufwärmübung für die grosse bevorstehende Seniorenzentrums-Vorlage, welche am 28. November 2011 im Einwohnerrat behandelt wird.





Besichtigt wurde die zweistöckige und gut 800 m<sup>2</sup> grosse SanHist nicht – und zwar schlicht aus dem Grund, dass deren Betreten im Moment strengstens verboten ist. Die Firma Carbotech AG hat in einer Analyse nämlich festgestellt, dass sämtliche Lüftungsrohre, Schränke sowie diverse andere Bauteile asbestbelastet sind. Die Lüftungsanlage wurde abgestellt und jegliche Nutzung der SanHist eingestellt.

Der Samariterverein, welcher die SanHist als Lager- und Kursraum nutzte, benötigte kurzfristig andere Lokalitäten. Möbel von Bewohnenden des Rosenbergs, welche in der SanHist eingestellt waren, mussten ebenfalls ausgelagert werden. Die SanHist könnte jetzt also quasi versiegelt und sich selber überlassen werden, wie eine der geprüften weiteren Nutzungsvarianten in der Vorlage aufzeigt.

Der Stadtrat will dies aber nicht. Man möchte die SanHist wieder nützen können. Die Kommission teilt diese Meinung. Sie ist einstimmig davon überzeugt, dass die vorgeschlagene Asbestsanierung vorgenommen werden muss. Es geht schlicht und einfach um eine Altlast, welche beseitigt werden muss. Erfreulich ist dabei, dass der Bund die Asbestsanierungskosten in der Höhe von CHF 220'000.– übernimmt. Dies unter der Bedingung, dass die SanHist komplett saniert wird und die technischen Zivilschutzbauteile entfernt werden. Für die Stadt Zofingen belaufen sich die Kosten ebenfalls auf CHF 220'000.–. Dies für bauliche Massnahmen, damit die Nutzung der SanHist im bisherigen Rahmen wieder möglich ist. Die Stadt Zofingen wird aber ein weiteres Gesuch an den Bund stellen, damit dieser zusätzlich noch einen Teil der restlichen Kosten übernimmt. Beispielsweise, wenn es um den Rückbau von Zivilschutzeinrichtungen geht, welcher vom Bund verlangt wird. Dies haben Stadtrat Hans-Martin Plüss und Leiter Hochbau und Liegenschaften Emanuele Soldati anlässlich der Kommissionssitzung versichert. Ein herzliches Dankeschön an dieser Stelle für die gute Zusammenarbeit sowie die ausführlichen Erklärungen und Antworten auf die Fragen im Rahmen der Kommissionssitzung.

Die Spezialkommission Seniorenzentrum hat dem stadträtlichen Antrag, CHF 440'000.– für die Asbestsanierung der SanHist zu bewilligen, einstimmig zugestimmt. Dies mit 8:0 Stimmen bei einer Abwesenheit.

Der Samariterverein, welcher beispielsweise den Nothelferkurs anbietet und für die Stadt Zofingen an diversen Festen und Veranstaltungen die gesundheitliche Versorgung der Besuchenden sicherstellt, möchte wieder in die SanHist einziehen. Auch der Rosenberg würde die Lagerfläche gerne wieder nützen. Die SanHist soll zudem bei Grossveranstaltungen weiterhin als einfaches Massenlager dienen können.

Anne-Käthi Kremer bittet deshalb den Einwohnerrat im Namen der Spezialkommission Seniorenzentrum, dem Kredit für eine Altlastenbeseitigung und Weiternutzung der SanHist ebenfalls zuzustimmen.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet die **Vorsitzende** die Eintretensdebatte.

Fr. **Liz Ruch** stellt fest, dass die Präsidentin der Spezialkommission Seniorenzentrum bereits alles erklärt und entsprechend argumentiert hat. Sie kann sich dies also sparen. Die SP-Fraktion sagt ganz klar „Ja“ zu dieser Vorlage und zum Kredit. Erstens können die Räume wieder genützt werden und zweitens wird auch noch Geld zurückfliessen, wenn dies fristgerecht beantragt wird.



Fr. **Miriam Ruf** erklärt, für die Fraktion Dynamische Mitte sei es gar keine Frage gewesen, dass die SanHist saniert werden muss. Man soll nicht Altlasten auf die kommenden Generationen abwälzen. Die Fraktion Dynamische Mitte wird dem Antrag zustimmen.

Wie Anne-Käthi Kremer vorhin ausgeführt hat, ist die Sanierung notwendig. Gemäss Fr. **Claudia Hauri** möchte man diese nicht auf die lange Bank schieben. Die Alternative ist, den ganzen Lager-raum zu versiegeln. Für die FDP-Fraktion ist dies jedoch schlicht keine Alternative. Auch sie stimmt dem Antrag zu.

Da bereits alles gesagt wurde, teilt Hr. **Hansruedi Hauri** lediglich mit, dass die SVP-Fraktion dem Kredit ebenfalls zustimmen wird.

Die Eintretensdebatte ist abgeschlossen. Aufgrund der Voten der Fraktionssprecherinnen und -sprecher geht die **Vorsitzende** davon aus, dass die Detailberatung über die Vorlage nicht im Detail vorgenommen werden muss. Wer zur Vorlage noch eine Frage hat, kann diese jetzt stellen.

Das Wort wird nicht verlangt. Die **Vorsitzende** lässt über den stadträtlichen Antrag abstimmen:

Für die Asbestsanierung der Sanitätshilfsstelle Rosenberg sei ein Bruttokredit von CHF 440'000.-, zuzüglich allfälliger Teuerung, abzüglich Beiträge Dritter, zu bewilligen.

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 39:0 Stimmen zugestimmt.**

## Sitzungspause

Art. 70

### GK 93

#### **Erweiterung der Schulsozialarbeit auf die Primarstufe und den Kindergarten**

Hr. **Marcel Murri**, Präsident der FGPK, hält fest, dass es am 24. August 2011, als die FGPK abends tagte, heiss und schwül war. Später zog sogar noch ein Gewitter auf und es goss wie aus Eimern. Also alles gute Vorzeichen für dieses Geschäft. Die FGPK kam denn auch ins Schwitzen – einerseits wegen des Wetters, andererseits möglicherweise auch wegen der Vorlage.

Es fand eine gute und heisse – aber nicht gewittrige – Diskussion statt. Marcel Murri ist der Meinung, dass diese stellvertretend war für das, was im nächsten Monat ablaufen wird, wenn über das Budget debattiert wird. Letztendlich handelte es sich um eine Budgetdiskussion, da der Posten durchaus budgetrelevant ist. Es wird ein Stück weit etwas vorneweg genommen, was aber auch seine Richtigkeit hat.

Vom Fachlichen her war die Schulsozialarbeit in der FGPK nicht bestritten. Man sah, was bisher geleistet wurde. Dies wurde als gut empfunden. In diesem Punkt konnte der stadträtlichen Vorlage vollumfänglich gefolgt werden. Während der FGPK-Sitzung war jedenfalls kein Widerspruch wahrzunehmen. Die Bedeutung der Schulsozialarbeit war damit von allen Seiten anerkannt und die gute Arbeit wurde gewürdigt.



Man machte sich Gedanken über die Präventionswirkung. Was bewirkt die Schulsozialarbeit eigentlich? Wie kann die Wirkung gemessen werden? Die FGPK musste merken, dass es ganz schwierig ist, so etwas in harten Fakten und Zahlen zu messen. Es liegen lediglich Vermutungen, Überlegungen und Erfahrungswerte der Schule sowie Vermutungen, wie sich dies auf das gesamte Umfeld und die Folgekosten – welche entstehen würden, wenn es keine Schulsozialarbeit gäbe – auswirkt, vor.

Die ganze Diskussion kann nicht mit Zahlen belegt werden, dies hat sehr viel mit Gefühlen und Emotionen zu tun. Der Fokus ist dabei auf das Geld und die weiteren Stellenprozente gerichtet. Was macht man in einem solchen Fall? Man versucht, Vergleiche anzustellen. Man vergleicht sich mit anderen Gemeinden. Ob dies immer sinnvoll ist und man aufgrund eines Vergleichs mit anderen Gemeinden nicht zum Schluss kommt, man müsse auch haben, was andere bereits haben, kann man nicht sagen. Diese Frage wurde von der FGPK ebenfalls gestellt, was im entsprechenden Sitzungs-Protokoll nachzulesen ist. Trotzdem ist der Vergleich sicher sauber und richtig. Der Einwohnerrat fordert im Übrigen dauernd solche Vergleiche, wenn diese nicht vorhanden sind. Es ist absolut legitim, dass der Stadtrat Vergleiche mit Nachbargemeinden und anderen grösseren Gemeinden anstellt.

Für Marcel Murri ist in diesem Zusammenhang der Vergleich mit anderen grösseren Gemeinden noch ein offener Punkt. Die FGPK wollte an der Sitzung wissen, wie die Vergleichszahlen mit vergleichbaren Gemeinden – und nicht nur mit Nachbargemeinden – aussehen. Dabei denkt er zum Beispiel an Aarau, Lenzburg und Rheinfelden. Rheinfelden ist eine Stadt, welche sich ziemlich gut mit Zofingen vergleichen lässt. Vielleicht ist heute Abend ein Satz darüber zu hören.

Welche Kosten entstehen, wenn die Schulsozialarbeit nicht erweitert wird? Dies ist sehr schwer zu beziffern. Ein Hinweis könnte die Fremdplatzierung von Kindern sein. Dies kostet etwas, wie dem Protokoll der FGPK zu entnehmen war. Multipliziert man diese Zahl mit durchschnittlich zehn Kindern pro Jahr, ergibt dies einen rechten Betrag, welcher von der Grössenordnung her den jährlichen Kosten für die zusätzliche Stelle entspricht. Es ist äusserst schwierig zu beurteilen, ob dies ein vernünftiger Vergleich ist. Zudem kommen noch andere Kosten dazu, welche ebenfalls sehr schwer zu beziffern sind. Es gibt Restkosten, welche weiterverteilt werden. Dabei handelt es sich aber nur um die ganz direkten Fälle von Fremdplatzierungen von Kindern im Schulbetrieb. Marcel Murri kennt dies aus eigener Erfahrung als er Schulpflegepräsident war. Eine ganz schwierige Sache. Was macht man mit Kindern, welche nicht dem entsprechen, was man sich vorstellt und sich in der Schule dementsprechend verhalten? Dies kann zu einer enormen Belastung für die Lehrpersonen werden, obwohl dies primär ihre Aufgabe ist. Steht man aber an, ist es sehr schwierig in der heutigen Gesellschaft damit umzugehen. Vor allem dann, wenn keine guten Alternativen bestehen.

Es können noch weitere Kosten entstehen, aber auch diese sind kaum zu beziffern. Dabei geht es beispielsweise um Therapien im Zusammenhang mit Drogenproblemen usw. Es sind alles Kosten, welche nicht genau beziffert werden können und von welchen man nicht sagen kann, wenn dies passiert, trifft jenes nicht ein. Diesen Beweis wird man nie antreten können.

Auch die Frage, ob das bestehende Angebot Nachfrage schafft, ist schwierig zu beurteilen. Dies ist eine Abwägungsfrage. Dort kommen dann wieder die Vergleichszahlen zum Tragen. Es ist jedoch gut, wenn nicht zwingend die Meinung herrscht, dass, weil jene Gemeinde so viel hat, die Stadt Zofingen ebenfalls so viel braucht, sondern die Verhältnisse und Bedürfnisse vor Ort in Betracht gezogen werden.

Die zentrale Frage, welche über alles schwebte, kommt zum Schluss: Es werden eine Erhöhung des Stellenplans der Schulsozialarbeit um 100 Stellenprozente sowie jährliche – also wiederkehrende –



Mehrkosten für den Ausbau der Schulsozialarbeit beantragt. Kann sich die Stadt Zofingen dies zum jetzigen Zeitpunkt leisten? Diese Frage ist in diesem Fall akzentuierter zu stellen als bei einmaligen Projekten. Diese Überlegung ist wichtig. Primär hat Stadtmann Hans-Ruedi Hottiger diese eingebracht. Es kann nicht sein, dass die Bedürfnisse, welche zuletzt entstehen und formuliert werden, jene sind, welche am wenigsten Bedeutung haben. Dies ist in keinem Geschäft in der Privatwirtschaft und auch sonst nirgends der Fall. Bedürfnisse entstehen, weil die Umwelt, die Umgebung und die gesellschaftlichen Bedingungen sich verändert haben. Diese Überlegung blieb so im Raum stehen. Es ist Marcel Murri ein Anliegen, dem Einwohnerrat diesen Gedankengang mit auf den Weg zu geben.

Was macht die Standortattraktivität von Zofingen aus? Was wird vom Zielpublikum erwartet? Eine gesunde Infrastruktur und ein guter Service public gehören sicher dazu. Ob die Schulsozialarbeit in diesem Ausmass auch dazu zählt, ist eine Abwägungsfrage. Diese Abwägung nahm die FGPK an der Sitzung vor. Unterdessen erfolgte diese offensichtlich auch sehr intensiv in den Fraktionen.

Die FGPK stimmte dem stadträtlichen Antrag ursprünglich mit 6:1 Stimmen, bei 1 Abwesenheit und 1 Enthaltung, zu. Gegenüber dem Protokoll ergaben sich in der Zwischenzeit jedoch noch Änderungen. Die FGPK-Mitglieder sprechen sich im Augenblick im Verhältnis von 5:3 für die Vorlage aus.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet die **Vorsitzende** die Eintretensdebatte.

„Die Schule soll stets danach trachten, dass der junge Mensch sie als harmonische Persönlichkeit verlasse.“ Hr. **Dominik Gresch** erklärt, dass bereits Albert Einstein diese Feststellung machte und diese immer noch aktuell ist, wie die Vorlage GK 93 betr. Erweiterung der Schulsozialarbeit zeigt. Nur hat sich seither vieles verändert.

In den letzten Jahren hat sich insbesondere die Komplexität stets erhöht. Damit meint Dominik Gresch die sozialen Bedingungen, das rasch wachsende Wissen sowie die Unterschiede der Wertvorstellungen und der kulturellen Hintergründe. Diese Veränderungen beeinflussen die Gesellschaft und damit auch die Familien und ihre Kinder.

Die Schulsozialarbeit ist ein effektives Instrument, um die Schülerinnen und Schüler im Umgang mit der unsicheren Zukunftsperspektive und den entsprechenden Herausforderungen zu unterstützen. Effektiv, weil das Angebot präventiv, niederschwellig und freiwillig ist. Die entscheidenden Vorteile können nicht einfach so durch eine andere Institution wettgemacht werden und die Qualitäten sollten nicht einfach so zu Nachteilen umformuliert werden, nach dem Motto „Angebot schafft Nachfrage“. Denn sowohl in der Vorlage wie auch in den Ausführungen der Herren Weyermann, Grunder und Reisewitz kam seiner Meinung nach klar zum Ausdruck, dass die Sozialarbeit bereits heute in der Vor- und Primarschule nachgefragt wird. Überhaupt sind die Unterlagen zum Geschäft GK 93 gut aufbereitet und die Argumente für die Erweiterung der Schulsozialarbeit eindeutig.

Was spricht denn dagegen? Zum Beispiel die knapper werdenden finanziellen Ressourcen der Stadt Zofingen. In diesem Zusammenhang wird gerne der Grundsatz, man solle das Wünschbare vom Notwendigen unterscheiden, bemüht. Die Mehrheit der Fraktion Dynamische Mitte ist fest davon überzeugt, dass die Erweiterung der Schulsozialarbeit nicht nur wünschbar, sondern notwendig ist. Es geht nicht darum, Nachbargemeinden zu toppen, nachdem sie die Stadt Zofingen im Bereich der Schulsozialarbeit überholt haben, sondern um die Schülerinnen und Schüler, welche in der Bewältigung ihres Alltags überfordert sind. Je früher sie unterstützt werden können, desto besser ist es für



sie, ihre Familie, ihre Klasse, ihre Schule und nicht zuletzt die Gesellschaft. Denn die Kinder und Jugendlichen von heute sind die Erwachsenen von morgen.

Die Fraktion Dynamische Mitte sagt deshalb „Ja“ zu dieser sinnvollen Investition in die Zukunft. Sie sagt „Ja“ zur Chancengleichheit und lädt den Einwohnerrat ein, der Erweiterung der Schulsozialarbeit ebenfalls zuzustimmen. Oder wie Antoine de Saint-Exupéry sagte: „Die Zukunft bauen, heisst die Gegenwart bauen.“

Hr. **Franz von Büren** stellt fest, dass sein Vorredner bereits fast alles gesagt und die Erziehung gut geredet hat. So gute Sprüche hätte er nicht gefunden. Er hat lediglich einen Spruch, den er anbringen möchte: „Gute Bildung kostet etwas“. Die Bildung ist das einzige Gut in der Schweiz, welches selber hergestellt und entwickelt werden kann. Zu diesem wichtigen Gut muss Sorge getragen werden.

Franz von Büren möchte sich für die umfangreichen Unterlagen zu diesem Geschäft bedanken. Die Vorlage gibt ein gutes Bild der jetzigen Situation ab und zeigt auch, weshalb der Antrag für die Erweiterung der Schulsozialarbeit auf die Primarschule und den Kindergarten unterbreitet wird.

Sicher ist, dass sich die Schulsozialarbeit auf der Oberstufe bewährt hat. Dies ist von den Eltern, den Lehrpersonen, den Behörden sowie der Gesellschaft akzeptiert und ist deshalb kaum mehr wegzudenken. Die Oberstufe braucht die Schulsozialarbeit.

Dass die Schulsozialarbeit auf die Primarschule und den Kindergarten erweitert werden soll, hat gute Gründe. Das Angebot bleibt niederschwellig. Das heisst, dass Schülerinnen und Schüler, Eltern sowie Lehrpersonen rasch und unkompliziert einen Termin bei den Schulsozialarbeitenden verlangen können. Dieses wird von den Primarschülerinnen und -schülern genützt, um Fragen zu stellen und Probleme zu besprechen, welche in der Primarstufe vorkommen können. Franz von Büren erlebt dies an seinem Arbeitsort, an welchem die Schulsozialarbeit vor 6 Wochen eingeführt wurde, selber.

Genau solche Probleme tauchen immer wieder auf und in der Primarschule ist es meistens noch nicht allzu kompliziert, diese anzugehen. In der Primarstufe können diese besser gelöst werden, weil das Verhaltensmuster der Schülerinnen und Schüler noch nicht so festgefahren ist. Man kann Strategien entwickeln, wie man sich zu verhalten hat, wenn es mit den Klassenkameradinnen und -kameraden, den Lehrpersonen oder den Eltern nicht so gut läuft. Die Lösungen, welche in der Primarschule entwickelt werden, sind bestimmt nachhaltiger, weil die Kinder in diesem Alter noch einsichtiger sind als wenn sie sich in der Pubertät befinden. Später wird viel mehr Zeit benötigt, um Lösungen zu suchen. Ebenfalls ist mehr Hartnäckigkeit von Seiten der Behörden, der Schulsozialarbeit sowie der Eltern nötig.

Die Schulsozialarbeit sollte keine Feuerwehr sein, welche nur ausrückt, wenn es brennt. Dies ist immer ein schlechter Ansatz. Sie sollte präventiv eingreifen, um Unglücke, welche passieren könnten, zu verhindern. Prävention kann nicht erst in der 6. Klasse beginnen, sondern sollte bereits in der 1., 2. oder 3. Klasse, wenn nicht sogar im Elternhaus, ein Thema sein. Die Schule kann dies jedoch nicht bestimmen.

Die SP-Fraktion empfindet die Erweiterung des Angebots als sinnvoll und stimmt beiden stadträtlichen Anträgen einstimmig zu, weil gute Bildung etwas kosten darf und auch etwas kostet.



Hr. **Thomas Bühler** hält fest, dass die SVP-Fraktion vom Schulsozialarbeiter Roland Reisewitz an ihrer Vorbereitungssitzung direkt informiert wurde. Sie wurde auch überzeugt, dass diese Arbeiten sehr wichtig und notwendig sind, um den Schulbetrieb aufrechtzuerhalten. Die Lehrkräfte müssen in diesen Belangen unterstützt werden, wenn die Eltern bzw. gewisse Eltern ihre Verantwortung nicht mehr wahrnehmen. Der SVP-Fraktion ist bewusst, dass das heutige Umfeld der Kinder die Erziehungsarbeiten der Eltern erschweren. Sie unterstützt die momentan angebotene Schulsozialarbeit an der Oberstufe und sie unterstützt ebenfalls das Vorhaben, diese an der Unter- und Mittelstufe anzubieten, aber sie verlangt, dass die heutigen Ressourcen durch das Setzen von Prioritäten ausreichen müssen. Die SVP-Fraktion ist gegen diesen Antrag und wird diesen nicht unterstützen.

Fr. **Yolanda Senn Ammann** findet es immer wieder interessant, wie vorgängig in der Zeitung die bereits festgesetzten Meinungen nachgelesen werden können. Alle Meinungen sind schon gebildet und im Einwohnerrat kann nichts mehr verändert werden, wenn die Sprecherinnen und Sprecher an das Rednerpult treten. Weshalb kommt der Einwohnerrat überhaupt noch zusammen, wenn alles schon im Voraus beschlossen wurde? Eigentlich werden die Interventionen am Mikrofon überflüssig, wenn nichts mehr bewegt werden kann und alle Meinungen bereits gebildet sind.

Möglicherweise stehen einige Einwohnerratsmitglieder dem Geschäft GK 93 noch offen gegenüber und können – oder wollen sogar – entgegen ihrer Fraktionsmeinung stimmen. Vielleicht sind sich einige auch unsicher und können sich nicht in die Situation hineinversetzen, wie das ist, wenn ein Kind zum Opfer wird. Es gibt nämlich nicht nur Täter, sondern auch ganz viele Opfer. Bei bester Elternarbeit und Erziehung kann manchmal nichts dagegen unternommen werden, wenn ein Kind ein Opfer ist. In einem solchen Fall ist man froh, wenn es die Schulsozialarbeit gibt. Es haben auch nicht alle das nötige Geld, um das Kind aus der Schule zu nehmen und in eine Privatschule zu schicken.

Wenn hier im Saal keine Meinung mehr geändert werden kann, hätte Yolanda Senn Ammann eine Idee für ein grosses Sparpotenzial, welche sie gerne vorschlagen möchte: Man könnte die Einwohnerratssitzungen abschaffen. Auf diese Weise könnte sehr viel Geld gespart werden. Die Meinungen der Einwohnerratsmitglieder könnten vorgängig in den Fraktionen gebildet werden, Vorstösse könnten zugestellt werden und die Abstimmungen könnten per Internet erfolgen. So könnten viele Stellenprozentage anderweitig genützt werden. Mag sein, dass dies ein wenig an Schwarzmalerei grenzt.

Das Geschäft GK 93 ist wahrlich eine soziale Vorlage. Es wurde schon lange nicht mehr so viel partiübergreifend diskutiert und kommuniziert. Über die Vorteile der neu zu schaffenden Stelle wurden alle bereits bestens informiert; ebenso über den Nutzen des Schulsozialdienstes. Leider kann bei diesem Geschäft die berühmte Win-win-Situation einmal mehr nicht mit Zahlen belegt werden. Im sozialen Bereich gibt es nämlich nicht nur Kosten und Nutzen, dafür ist es aber mehr als ein „nice to have“. Man will aus seinen Kindern doch starke, selbstbewusste Menschen machen. Nur aus starken, selbstbewussten Menschen resultiert eine starke Gesellschaft.

Weshalb rümpfen gewisse Parteien immer die Nase bei sozialen Vorlagen? Ist dies nötig? Schulsozialarbeit betrifft alle Kreise und Schichten. Die Gesellschaft muss ein durchgängiges System sein und sollte nicht aus hermetisch abgeschlossenen Teilen bestehen. In den letzten Jahren hat sich die Gesellschaft schwer verändert. Erziehung findet heute teilweise anders statt als früher. Die Zerstreuung in der Freizeit ist sehr viel grösser und anders geworden. Man denke nur an das Angebot im Fernsehen mit den vielen Kanälen, an die Playstation, an die PC-Spiele usw. In der Schule wird von den Kindern bzw. Schülerinnen und Schülern aber auch immer mehr erwartet. Sie müssen leisten und leisten. Nicht nur in der Schule, sondern auch später müssen die Leistungen stimmen. Der



Druck wird überall ständig erhöht. Überall sind nur noch die Besten gefragt, zum Beispiel bei der Lehrstellensuche.

Schulsozialarbeit ist Prävention und vorbeugen sollte man möglichst früh. Man sollte nicht vergessen, dass es nicht nur schlimme Fälle mit Heimeinweisungen gibt, grösstenteils handelt es sich um nicht so schlimme Fälle. Diese blockieren einfach den Lehrbetrieb oder schaffen kleinere Probleme, welche mit Hilfe der Schulsozialarbeit angegangen werden können. Weshalb sollte verhaltensauffälligen Kindern oder Kindern mit sozialen Problemen nicht schon im Kindergarten geholfen werden können?

Zum Thema Mehrkosten: Den Anwesenden ist bestimmt aufgefallen, dass im Bereich 5 „Soziales“ trotz erhöhten Fallzahlen und steigenden Kosten im Budget 2012 gegenüber dem Budget 2011 und der Rechnung 2010 der Nettoaufwand am wenigsten erhöht wurde. Dies, obwohl die Stellenprozente, über welche heute Abend diskutiert wird, bereits mit eingerechnet sind. Im Bereich Soziales wurde also bereits viel gespart.

Zum Schluss noch ein Zitat von Prinz Charles: „Die Geschichte wird uns nicht danach richten, wie viel Wirtschaftswachstum wir erreicht haben, sondern an dem Erbe, das wir für unsere Kinder, Enkelkinder und deren Kinder hinterlassen.“ Yolanda Senn Ammann bittet die entsprechenden Einwohnerratsmitglieder, sich ihr „Nein“ nochmals zu überlegen und sich zugunsten der Kinder vielleicht der Stimme zu enthalten.

Die Rahmenbedingungen rund um die Schule haben sich verändert. Hr. **André Kirchhofer** stellt fest, dass man sich darüber einig ist und dies unbestritten ist. Vor diesem Hintergrund darf aber nicht vergessen werden, dass die Lehrpersonen eine ausgezeichnete Arbeit leisten. An dieser Stelle darf ihnen auch einmal ein Kränzchen gewunden werden.

Die Schulsozialarbeit auf der Oberstufe ist zweifellos wichtig, was in der Vorlage auch gut dargelegt wird. Die FDP-Fraktion ist trotzdem einstimmig gegen die stadträtlichen Anträge. André Kirchhofer möchte dem Einwohnerrat gerne aufzeigen aus welchen Gründen. Im Wesentlichen sind es drei Gegenargumente:

### 1. Gegenargument

Im liberalen Gesellschaftsmodell ist die Familie der Kern der Gesellschaft. Ein gewisses Mass an Eigenverantwortung muss auch in der Familie wahrgenommen werden. Den wichtigen Grundbaustein Familie möchte man nicht schwächen, sondern stärken. Es kann nicht angehen, dass zunehmend Aufgaben an Schulleute delegiert werden. Die Lehrpersonen haben primär eine Bildungsfunktion und nicht eine Erziehungsfunktion. Wer hier im Saal möchte schon, dass die Familie quasi entmündigt wird, indem noch mehr Aufgaben an Leute abgeschoben werden, welche letztlich vom Staat angestellt sind? Möglicherweise kann man dagegenhalten, dass es sich um ein idealisiertes Weltbild handelt. Bei jedem Geschäft vertritt man jedoch irgendwelche Ideale. Wenn man nicht mehr für die Familie als Ideal einstehen darf, für welches Ideal darf man dann überhaupt noch einstehen?

### 2. Gegenargument

Das zweite Gegenargument sind die Finanzen. Darüber war bereits einiges zu hören. In der Medienmitteilung zum Budget hat der Stadtrat geschrieben, dass eine umfassende Aufgabenüberprüfung anstehe und dies ein anspruchsvoller, schmerzhafter Prozess sei. Auch von einer Verzichtsplanung war die Rede. Dies sind deutliche Worte. So deutlich war dies in den letzten Jahren noch nie zu

vernehmen. Es wurde gesagt, ein Hauptproblem seien die wiederkehrenden Kosten. Im Rahmen des Budgets ist sicher wichtig, die bestehenden Aufgaben zu überprüfen. Genauso wichtig ist aus Sicht der FDP-Fraktion, einmal jene Aufgaben zu prüfen, welche noch gar nicht vorhanden sind, sondern geschaffen werden sollen. In diesem Zusammenhang ist Vorsicht besser als Nachsicht.

### 3. Gegenargument

In der Vorlage sind zwar Zahlen aufgeführt, aber diese betreffen beinahe ausschliesslich die bisher geleistete Arbeit auf der Oberstufe. Auf Seite 2 der Vorlage ist davon die Rede, dass die Schulsozialarbeit zunehmend von Lehrpersonen und Kindern um Unterstützung gebeten wird. Weiter ist auf Seite 3 zu lesen, dass der Bedarf an Schulsozialarbeit ausgewiesen sei. Darüber hinaus findet man jedoch keine Anhaltspunkte, wie viele Anfragen es gegeben hat. Es müssen nicht unbedingt Zahlen vorgelegt werden, aber man sollte ein wenig spüren können, wie das Bedürfnis auf der Primarstufe und im Kindergarten ist. Dies fehlt in der Vorlage.

Der Vorlage ist eine Evaluation und Bedarfsabklärung beigelegt. Für die FDP-Fraktion ist dies jedoch nicht unbedingt eine Bedarfsabklärung. Schaut man auf Seite 2, wurde die Zielsetzung der sogenannten Bedarfsabklärung bereits aufgeführt, nämlich die Ausdehnung der Schulsozialarbeit. Das Ziel stand also schon am Anfang fest. Dies sieht man auch, wenn man schaut, wer befragt wurde. Es handelt sich um sogenannte Schlüsselpersonen. Wenn man in Zofingen mehr Strassen bauen möchte und die Bedarfsabklärung beim Lastwagenverband in Auftrag geben würde, würden sich gewisse Personen auch nicht unbedingt darüber freuen, weil das Resultat von Anfang an klar wäre.

André Kirchhofer weiss, dass er möglicherweise ein unbequemes Votum abgegeben hat, aber die Politik hat auch die Aufgabe, manchmal ein wenig unbequeme Wahrheiten auszusprechen. Der FDP-Fraktion ist nicht ganz klar, ob effektiv ein Bedarf geschaffen wird durch ein neues Angebot. In diesem Zusammenhang gilt es festzuhalten, dass die Lehrpersonen immer besser ausgebildet sind. Mittlerweile muss man sogar auf Kindergartenstufe über einen Bachelor verfügen. Es ist beinahe ein Wunder, dass man nicht einen Bachelor haben muss, um in den Kindergarten zu gehen. Die Lehrkräfte machen ihre Sache wirklich gut und André Kirchhofer ist nicht sicher, ob ein weiteres Abschieben der Aufgaben wirklich nötig ist.

### Fazit

Aus Sicht der FDP-Fraktion ist der Bedarf nicht gut ausgewiesen und sie macht sich Sorgen um die Finanzen. Zudem ist die Eigenverantwortung absolut zentral. Trotzdem möchte sie nicht nur „Nein“ sagen zur Schulsozialarbeit. Sie hat sich mit dem bestehenden Angebot auf der Oberstufe auseinandergesetzt und kam zur Auffassung, dass dies eine gute Sache ist und gute Arbeit geleistet wird. Die FDP-Fraktion hat sich überlegt, was sie für einen Gegenantrag stellen könnte. Sie möchte gerne den Antrag stellen, dass, wenn das Bedürfnis auf der Primar- und Kindergartenstufe effektiv vorhanden ist, die Schulsozialarbeit eingeführt werden kann. Allerdings mit den bestehenden Ressourcen in den Bereichen Schule, Sozialwesen und Jugend&Prävention. Das heisst, ohne Erhöhung des Stellenetats.

André Kirchhofer bittet die Einwohnerratsmitglieder, die stadträtlichen Anträge in der Vorlage abzulehnen und dem Gegenantrag der FDP-Fraktion zuzustimmen. Er bedankt sich für die Unterstützung und die Aufmerksamkeit.

Hr. **Michael Wacker** hat mit einigem Interesse den verschiedenen Voten zugehört und diese zur Kenntnis genommen. Daraus haben sich für ihn gerade an die bürgerliche Seite – SVP und FDP – einige Fragen ergeben. Die SVP sagt „Ja“ zur Schulsozialarbeit, aber mit den gleichen Ressourcen.





Sie möchte, dass die Schulsozialarbeit vom Kindergarten bis zur Oberstufe angeboten wird, aber bloss zum Preis der Oberstufen-Schulsozialarbeit. Ist es also korrekt, dass sie dafür ist, wenn es nichts kostet?

Bei der FDP-Fraktion geht es in dieselbe Richtung. Sie weiss nicht so recht, ob dies tatsächlich notwendig ist oder nicht. Die Bedarfsabklärung sei nicht sauber erstellt worden. Gleichzeitig erachtet sie es aber als wichtig und ist der Ansicht, dass, wenn die Stadt Zofingen die Schulsozialarbeit erweitern möchte, die Ressourcen gleich bleiben müssen. Es soll kein Franken mehr ausgegeben werden. Familien stärken ist zu 100 % richtig, aber vielleicht ist dies ein wenig träumerisch. Die heutige Zeit ist leider anders.

In welche Richtung soll man gehen? Wenn Michael Wacker in der Vorlage liest, dass für die Schulsozialarbeit im Jahr 2012 CHF 93'500.- eingestellt sind, befindet man sich bereits in der Budgetdiskussion. Er möchte nichts vorneweg nehmen, aber er hat sich ebenfalls einige Zahlen notiert: Zum Beispiel Sekretariatsausbau Bauverwaltung CHF 80'000.- wiederkehrend. Braucht man dies? Das Seniorzentrum sowie weitere Vorhaben können doch alle mit den gleichen Ressourcen gebaut werden. Für das Kinderfest werden jährlich rund CHF 200'000.- eingestellt. Man könnte die Gemeindeordnung doch ändern und das Kinderfest kippen. So könnten glatt CHF 200'000.- gespart werden.

Die Bedürfnisse der verschiedensten Gruppen in einem Gemeinwesen sind zweifelsohne gegeben. Heute Abend geht es darum, Wichtiges und Notwendiges von Wünschbarem zu trennen. Hier gehen die Ansichten sehr weit auseinander. Auf der anderen Seite – und hier möchte er André Kirchhofer eine Antwort geben, welcher den Strassenbau erwähnt hat – wird die Bedarfsabklärung im Strassenbau offenbar sehr gut gemacht. Er sieht jedoch beispielsweise, dass die Luzernerstrasse, welche erst vor kurzer Zeit erneuert wurde und einen doch mehr oder weniger guten Oberflächenbelag aufweist, im 2012 und 2013 je CHF 800'000.- kosten wird. CHF 1,6 Mio. geben gut und gerne 10 Jahre Schulsozialarbeit und die Strasse würde wohl noch 10 Jahre halten, bis diese Investition getätigt werden müsste.

Das Geschäft Schulsozialarbeit hat Fr. **Renata Siegrist** als Schulpflegerin die ganze Zeit beschäftigt. Sie durfte dieses von den ersten 5 % an bis heute begleiten. Am Anfang fanden stets Feuerübungen statt. Die Schulsozialarbeit wurde immer dann bemüht oder aufgestockt, wenn es brannte. Anfangs war dies im Werkjahr und später an der Oberstufe der Fall. Jetzt hätte man die Chance, die Schulsozialarbeit aufzustocken, wenn es noch nicht brennt. Also nicht präventiv, sondern zeitgleich mit den Problematiken der Gesellschaft, welche sich stellen.

Die aktuellen Forschungsergebnisse belegen, dass die Schulsozialarbeit Kinder bei verschiedenen Problemen der Lebensbewältigung unterstützt und in hohem Mass dazu beiträgt, dass sich Kinder und Jugendliche in der Schule wohlfühlen, respektiert werden und ihr Sicherheitsgefühl zunimmt. Aus Sicht der meisten Beteiligten, welche mit Schulsozialarbeit zu tun haben, verbessert sich das Klassenklima. Wenn Lehrpersonen zudem unterstützt werden und fachliche sowie kompetente Hilfe und Unterstützung erfahren, welche zur Lösung von Problemsituationen führt, hat eine fachlich qualifizierte Schulsozialarbeit letztlich zur Folge, dass in der Schule eine Umgebung geschaffen wird, in welcher sich alle Kinder gesund entwickeln und lernen können.

Mit „alle“ sind jene Kinder gemeint, welche unverschuldet täglich durch schwierige Lebensumstände zu Hause vom Lernen abgelenkt werden, aber auch jene, welche zu Hause vielleicht sehr wohl eine optimale Lernumgebung haben. Im Schmelztiegel der Schule werden selbstverständlich auch diese mit schwierigen Situationen konfrontiert und vom Lernen abgelenkt. Wer selber Kinder hat,



weiss, wie zwischenmenschliche Probleme mit Mitschülerinnen und -schülern die eigenen Kinder oft mehr beschäftigen als beispielsweise eine schlechte Note.

Kinder haben oft ein sehr feines Sensorium für Ungerechtigkeiten und reagieren heftig auf ein unharmonisches Umfeld. Wenn einen das Wohl der Schulkinder an den Zofinger Schulen wichtig ist, tut man gut daran, der Schulsozialarbeit zusätzliche 100 Stellenprozent zuzugestehen, damit sie über alle Schulstufen wirken und im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur viel gepriesenen Chancengleichheit beitragen kann. Ausserdem leistet die Schulsozialarbeit einen wichtigen Beitrag zur Früherkennung und gibt die Möglichkeit, früh zu intervenieren, um spätere Folgeerscheinungen und damit verbundene Folgekosten zu verhindern.

Wer die Frage nach der Kosteneinsparung stellt, verlangt quasi, dass man im Kaffeesatz liest. Es ist ja wohl klar, dass der Spareffekt nicht in Franken und Rappen aufgerechnet werden kann. Man kann dies nicht beziffern. Mit ein wenig gesundem Menschenverstand wird jeder und jedem klar, dass frühes Erkennen und Handeln für das Kind und seine Umgebung die beste Wirkung erzielt. Anstelle von Symptombekämpfung in der Pubertät an der Oberstufe sollte man Ursachenbehebung betreiben – und dies möglichst früh.

Das vielstrapazierte Wort „nachhaltig“ kann Renata Siegrist manchmal nicht mehr hören. In diesem Zusammenhang bekommt dieses aber einen ganz wichtigen Stellenwert. Es ist nachhaltig für das Kind und damit verbunden nachhaltig für die ganze Gesellschaft. Jeder Franken, welcher in eine gesunde Entwicklung von Kindern investiert wird, ist gut angelegtes Geld – gut angelegtes Geld für die Gesellschaft von morgen. Davon wird man später, wenn man älter ist, auch profitieren können. Die Früchte des Samens, welcher jetzt gesät wird, können nachher geerntet werden.

Zum Schluss noch einige Worte zur Familie und Eigenverantwortung: Will man Familien unterstützen, müssen die stadträtlichen Anträge angenommen werden. Man kann den Familien doch nicht einfach sagen, sie sollen selber für sich schauen. Diese Rechnung geht nicht auf. Heute sind Familien oftmals gar nicht mehr in der Lage, sich selber zu helfen. Sie brauchen Unterstützung. Wer, wenn nicht die Schule, soll dies übernehmen?

Fr. **Anita Bolliger** hält fest, dass der Einwohnerrat an seiner letzten Sitzung ganz viel Geld in die Hand genommen hat für die Informatik. Dies sind Maschinen und es waren bereits solche verfügbar. Es war nicht so, dass nichts vorhanden ist, aber die Geräte waren nicht mehr up to date. Der Einwohnerrat hat viel Geld bewilligt, um diese zu erneuern, obwohl man weiss, dass sie in einigen Jahren wieder veraltet sind.

Bei diesem Geschäft geht es um Kinder, um Menschen. Klar existiert die Schulsozialarbeit bereits. Diese ist momentan mit 100 Stellenprozenten dotiert. Aber dies ist zu wenig, dies reicht nicht aus. Natürlich entstehen wiederkehrende Kosten, aber es geht um Kinder und nicht um Maschinen. Für Anita Bolliger ist dies ein grosser Unterschied. Sie kann nicht bei den Maschinen dafür sein und bei den Kindern nicht.

Hr. **André Kirchofer** möchte, um Missverständnisse zu vermeiden, den Antrag der FDP-Fraktion präzisieren. Es ist nicht die Meinung, dass mit dem gleichen Geld, welches bisher für die Schulsozialarbeit verwendet wurde, die neue Stelle finanziert werden soll. Der Stadtrat hat in seiner Medienmitteilung geschrieben, es stehe eine Aufgabenüberprüfung an. Die FDP-Fraktion ist der Ansicht, dass die Aufgaben im Gesamtbereich Schule, Soziales sowie Jugend&Prävention überprüft werden



müssen. Nach einer Verzichtsplanung muss entschieden werden, was wichtig oder weniger wichtig ist, und die Prioritäten müssen entsprechend gesetzt werden.

Man sagt immer, die Schule sei der beste Ort, um Probleme zu lösen, weil die Kinder dort zusammen sind. In einer Institution, welche von der Gemeinde bezahlt wird. In diesem Zusammenhang darf man auch das Engagement der Vereine hervorheben, welche in Zofingen sehr gute Arbeit leisten. Viele Funktionäre leisten Gratisarbeit und haben ebenfalls eine wichtige soziale Funktion für die Jugendlichen. Diese entlasten auch mehr oder weniger den Staat.

Fr. **Annegret Dubach**, Vizeammann, hat viel mitgeschrieben und wird der Reihe nach antworten müssen, was leider zur Folge hat, dass die Themen nicht schön gebündelt bleiben.

Der Stadtrat bringt einen Antrag zur Erweiterung der Schulsozialarbeit. Dies jedoch nicht, um Stellenprozente unter dem Dachbereich Soziales subsumieren zu können. Die Stelle gehört zur Schule und heute Abend wird über den Ort Schule geredet. Man will die Schule, und nicht den Bereich Soziales, stärken. Der Antrag wird unterbreitet, weil man die bisher geleistete Arbeit überprüfen lassen wollte und Sozialraumanalysen machen lässt, um zu schauen, wie Zofingen dasteht. Die schwächste Gruppe in der Stadt Zofingen sind die kleinen Kinder. Dies hat eine Sozialraumanalyse ergeben und Frau Vizeammann ist der Ansicht, dass dies eine Art Auftragserteilung an den Stadtrat ist. Der Auftrag wurde aufgrund des vorhandenen Wissens definiert. Das beauftragte Büro musste wissen, was untersucht werden soll.

Die Erweiterung der Schulsozialarbeit wird dem Einwohnerrat beantragt, damit endlich auch Primarschülerinnen und -schüler an dieses Angebot herankommen können. Die Fachleute, welche im Kindergarten unterrichten, sollten ebenfalls unbedingt solche Strukturen nutzen können.

Das Angebot ist niederschwellig, was auch erkannt wurde. Damit können die Kinder erreicht werden. Diese wollen nicht zuerst zu einem Büro, zum Schulleiter oder zur Hauptlehrperson gehen und fragen, ob sie kommen dürfen. Sie wollen in einem Zimmer vorbeigehen, zuhören, Ideen bekommen und sich mitteilen können. Kindergartenkinder benötigen einen anderen Ansatz, dort betritt man ein wenig Neuland. Zofingen wäre Pionier im Kanton Aargau. Dies macht aber nichts, da man eine starke Stadt sein und eine starke Schule haben will. Zofingen will ausstrahlen, bewegen und verbinden.

Dass Frau Vizeammann nicht alles in Franken und Rappen belegen kann, tut ihr auch leid. Dies wäre wesentlich einfacher. Als Sozialministerin hat sie in ihren Amtsjahren aber etwas gelernt und es wurde ihr bestätigt, dass dies ein guter Weg ist. Anhand der Ressourcenplanung und der Reportings sowie durch das Aufzeigen der erreichten Wirkungsziele, der Investitionen und der Ist-Situation, konnte der Einwohnerrat immer nachvollziehen, was soziale Arbeit in der Stadt Zofingen bedeutet. Der Einwohnerrat konnte dies nicht nur nachvollziehen, sondern er hat den stadträtlichen Anträgen bisher auch stattgegeben. So wurde versucht, den Aufwand und den Ertrag auf eine andere Art darzustellen, weil Zahlen hier nicht hieb- und stichfest sind.

Alle merken, dass sich die Gesellschaft verändert. Dies ist etwas, das einen erschreckt aber ebenso als Herausforderung angesehen werden darf. Die Gesellschaft in diesem Land ist offen. Man muss auch offen sein für neue Strukturen. Mit der Schulsozialarbeit muss ein weiteres Mosaiksteinchen gesetzt werden, um Kinder zu befähigen, Lernatmosphäre zu ermöglichen und Eltern einen Weg aufzuzeigen. In dieser Umbruchsituation ist dies ein legitimes, redliches und gutes Instrument. Genau solche Strukturen stärken eine Gesellschaft. Eine starke Gesellschaft und gesunde Familien – egal wie diese zusammengesetzt sind – sind das Ideal von Frau Vizeammann. Sie hat in ihrer Klasse viele Kinder, welche aus einer Patchwork-Familie stammen. Dies erzeugt manchmal Probleme und



die Kinder bringen diese mit in die Schule. Sie kann ihnen viel, aber nicht alles, beibringen. Als Lehrperson hat man den Auftrag, mitzuhelfen, die kognitiven Fähigkeiten auszubauen. Man ist froh, wenn man in der Schule, wo alles vor sich geht, was auch in der Gesellschaft vor sich geht, unterstützt wird, weil man sonst gar nicht alles erfüllen könnte. Unter Umständen will man dies auch gar nicht, da dies zu einem Durcheinander bei der Rollenverteilung führen würde.

Nach Ansicht von Frau Vizeammann wäre die Ausdehnung der Schulsozialarbeit, ohne die Ressourcen zu erweitern, ein unseriöses Handeln. In diesem Fall müsste sie nochmals über die Bücher. Bis jetzt wurden dreimonatlich Reportings herausgegeben. Sämtliche Arbeiten, welche im Bereich Soziales erledigt werden, werden erfasst – von der Sekretärin, über den Sozialarbeiter bis zum Vormundschaftssekretär. Man kann heute Abend nicht sagen, dass im Bereich Soziales eingespart werden soll – und auch nicht bei der Schule. In einem solchen Fall würde alles zurückgezogen und ein neues Konzept erarbeitet. Die Rückmeldungen sind aber positiv und das jetzige Konzept ist hieb- und stichfest. Dies wird von den Fachleuten, den Lehrpersonen und indirekt von den Kindern bestätigt, welche das Angebot wahrnehmen.

Früherkennung ist ein Stichwort, welches vorhin von Einwohnerrätin Renata Siegrist genannt wurde. Dieses hat Frau Vizeammann eingangs im Zusammenhang mit der Sozialraumanalyse erwähnt, welche die Erkenntnis lieferte, dass daran gearbeitet werden muss. Renata Siegrist hat sehr schön gesagt, dass die Kinder befähigt werden müssen, ihr Leben zu bewältigen. Den Kindern muss in der Schule eine gute Atmosphäre ermöglicht werden, damit diese gerne dorthin gehen. Die Sozialforschung in der Schweiz ist toll. Eine Erkenntnis daraus ist, dass die Kinder, welche eine Schule gerne besuchen, auch gerne lernen, motiviert sind und sich auf etwas einlassen können.

Bei der Erweiterung der Schulsozialarbeit handelt es sich nicht um ein Verwöhnprogramm für Lehrpersonen. Dies ist ein Schritt in Richtung Stärkung der Gesellschaft. Daran haben wohl alle ein Interesse. Dass dies etwas kostet, ist klar. Wenn die Gesellschaft wieder so stark ist, dass sie autonom handeln kann, wird die Stadt Zofingen möglicherweise die erste sein, welche dies wieder rückgängig macht.

Frau Vizeammann fände es sehr schade, wenn das Prinzip der Stadt Zofingen, die Schulsozialarbeit peu à peu einzuführen, zu einem Bumerang würde. Begonnen wurde mit 5 bis 10 %. Heute liegt man bei 100 %, weil der Bedarf nachgewiesen ist. Nun kommt der nächste Schritt, welcher die Ausdehnung auf die Primarstufe und den Kindergarten beinhaltet. Vor jedem nächsten Schritt wollte man aber wissen, ob sich dies auch bewährt und eine gute Wirkung erzielt wird. Es wäre äusserst bedauerlich, wenn sich das, was bisher von der Politik mitgetragen wurde, zu einem Bumerang entwickeln würde.

An der FGPK-Sitzung sagte der Stadtmann sehr deutlich, dass die Finanzlage der Stadt Zofingen nicht an diesen Anträgen gemessen werden soll. Man soll dem Stadtrat die Zeit lassen, eine Ausleageordnung zu machen. Dieser ist auch bereit, genauer hinzuschauen. Er hat sich ein Credo gegeben, was für die aktuelle Situation von Zofingen wahrscheinlich das einzig Richtige ist: Mit welchen Mitteln wird welche Wirkung erreicht? Ist die Wirkung zu gering, ist darauf zu verzichten. Vielleicht muss man sogar noch einen Schritt weiter gehen: Man erzielt zwar Wirkung, aber dies ist im Moment nicht so wichtig, da die Prioritäten anders sind. Frau Vizeammann wäre sehr froh, wenn der Einwohnerrat den stadträtlichen Anträgen zustimmen könnte.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet die **Vorsitzende** die Detailberatung über die Vorlage.



## V Kosten

Gemäss Hrn. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadttammann, hat der FGPK-Präsident bereits festgehalten, dass heute Abend eine vorgezogenen Finanzplanungs- und Budgetdebatte geführt wird. Er bittet die Einwohnerratsmitglieder, nicht ein einzelnes Mosaiksteinchen in der Gesamtschau aus der Froschperspektive herauszuberechnen.

Der Stadtrat hat deutliche Worte verwendet, um zu schildern, was er in den nächsten Wochen und Monaten vorhat. Der Stadttammann kann dem Einwohnerrat versichern, dass der Stadtrat dies mit aller Gründlichkeit tun wird. Ebenso, dass der Einwohnerrat eine Auslegeordnung zu sehen bekommen wird.

Der Stadtrat wird sich in der Auslegeordnung für irgendwelche Optimierungsmassnahmen entscheiden müssen. Diese werden vermutlich alle schmerzhaft sein. Jene, welche nicht schmerzhaft sind, sind bereits umgesetzt. Eine solche Auslegeordnung muss auf jeden Fall mit einem Blickwinkel von 360 Grad vorgenommen werden. Heute Abend beträgt dieser nicht einmal 45 Grad. Der Stadttammann bittet den Einwohnerrat, nicht einfach das nächstbeste Vorhaben, mit welchem Einsparungen erzielt werden könnten, als Exempel zu statuieren. Er kann ihm versprechen, dass der Stadtrat die nötige Auslegeordnung mit aller Konsequenz vornehmen wird.

Im Finanzressort hat man bereits damit begonnen, und es werden Sachen ersichtlich, welche in Zofingen ganz anders sind als in vergleichbaren Gemeinden, welche ähnliche Zentrumsaufgaben wahrnehmen. Nur schon das, was bis jetzt seziert und vom Stadtrat als Gesamtgremium noch nicht gesichtet wurde, zeigt, dass Ansatzpunkte vorhanden sind. Aber auch diese werden Zielgruppen haben, welche sich wehren werden. Aufgrund der Auslegeordnung wird man entscheiden müssen, was man sich leisten will. Aus rein finanztechnischer Sicht leistet sich die Stadt Zofingen mit der jetzigen Einnahmensituation zu viel. Dies kann man aushalten, wenn Land in Sicht ist. Die Marschrichtung muss ebenfalls analysiert werden.

Die Schulsozialarbeit erscheint in der Laufenden Rechnung nicht in der Abteilung 5 Soziale Wohlfahrt, sondern in der Abteilung 2 Bildung. Es handelt sich um eine Querverrechnung. Bei der Bildung wird in Zofingen, trotz Blockzeiten, Mittagstisch, Schulsozialarbeit und Pilotprojekt Tagesstrukturen, pro Kopf weniger ausgegeben als in den Nachbargemeinden. Dies zeigt, dass mit den Mitteln sehr haushälterisch umgegangen wird. Es gibt aber auch Abteilungen, bei welchen dies nicht so ist. Es wird am Einwohnerrat liegen, Stossrichtungen vorzugeben. Entsprechende Vorschläge wird man ihm unterbreiten.

Der Stadttammann bittet die Einwohnerratsmitglieder, das vorliegende Geschäft nicht als Exempel zu statuieren, weil dieses so schön auf dem Präsentierteller liegt. Dies werden die Damen und Herren des Einwohnerrates noch in 2 oder 3 Monaten zur Genüge tun können.

Hr. **Marcel Thüler** stellt fest, dass bei sozialen Themen schnell verloren geht, dass man es mit Menschen und nicht mit Beton, Armierungseisen, Strassen, Kreiseln, Druckern, Computern oder sonstigen leblosen Sachen zu tun hat. In der ganzen Diskussion fehlt ihm der menschliche Aspekt. Sozialarbeit findet dann statt, wenn Leute keinen Ausweg mehr finden. Einwohnerrat André Kirchner hat erwähnt, dass Zofingen ein tolles Vereinsleben hat. Wenn schon von den Kosten die Rede ist..., die Turnhallen müssen auch betrieben werden und das Sportkonzept liegt noch nicht vor, weil die Vereine sich nicht immer an den anfallenden Kosten beteiligen wollen. In diese Richtung erfolgt



auch bereits eine Art Finanzierung. Sinnvoller wäre, wenn man an die Kinder denken würde und nicht an irgendwelche nackten Zahlen. Man sollte die Emotionen nicht komplett vergessen.

## VII Weiteres Vorgehen und Antrag

Hr. **Michael Wacker** stellt die Frage, worüber man bis jetzt immer etwas zu hören bekommen hat. Über die Finanzen, über Konzepte, über das Sparen usw. – alles Wörter. Ebenfalls wurde über Strassen und andere materielle Dinge, wie beispielsweise Computer, beraten. Heute Abend geht es um Menschen. Der FGPK-Präsident hat in seinem Votum festgehalten, dass das Stimmverhalten der Kommissionsmitglieder an der FGPK-Sitzung anders war als nach den Fraktionssitzungen. Nun wird hier im Saal eine intensive Debatte geführt. Vielleicht hat der eine oder andere seine Meinung noch geändert. Dies kann hüben oder drüben passiert sein, wer weiss... Was Michael Wacker aber sicher nicht will – und da könnte er sich morgen nicht mehr im Spiegel anschauen und möchte auch vermeiden, dass sich andere morgen nicht mehr im Spiegel anschauen können – ist, dass heute Abend hier im Saal über Menschen entschieden wird, nur aufgrund der Parteidoktrin. Heute Abend ist jeder hier drin einzig und allein sich selber Rechenschaft schuldig. Vielleicht noch seinen Wählerinnen und Wählern. Deshalb stellt Michael Wacker den Antrag auf geheime Abstimmung über die stadträtlichen Anträge.

Die **Vorsitzende** dankt Michael Wacker für sein Votum. Über seinen Antrag wird nach dem Votum von Robert Weishaupt abgestimmt.

Hr. **Robert Weishaupt** ist erstaunt. Wenn er den Voten so zuhört, finden es eigentlich alle gut. Es hat nichts Schlechtes dabei, aber am Schluss wird man gleichwohl „Nein“ sagen. Dies erstaunt ihn. Die Stadt Luzern feiert heute 10 Jahre Schulsozialarbeit und diese ist dort ganz gut etabliert. Dies zeigt auch, dass es nicht eine Neuerscheinung der heutigen Zeit ist, sondern schon länger eine gute Sache ist. Er stellt sich auch die Frage, wie und womit man die Gesellschaft wieder in alte Zeiten zurückführen will. Robert Weishaupt ist ebenfalls nicht glücklich, dass heute Schulsozialarbeitende benötigt werden, aber der Wandel der Gesellschaft trägt dazu bei, dass es immer mehr Kinder gibt, welche mit ihrem Verhalten Probleme im Schulbetrieb bereiten. Da dies eine niederschwellige Anlaufstelle ist, werden viele Probleme bereits an der Wurzel gepackt. Robert Weishaupt appelliert deshalb, den stadträtlichen Anträgen zuzustimmen.

Hr. **André Kirchhofer** möchte sich kurz zum Antrag auf geheime Abstimmung von Michael Wacker äussern. Er hat selber gesagt, es sei wichtig, dass man morgen noch den eigenen Wählerinnen und Wählern ins Gesicht schauen kann. Umgekehrt gilt dies natürlich auch. Die Wählerinnen und Wähler möchten gerne wissen, wer was gestimmt hat. Stimmt man geheim ab, wissen sie dies eben nicht und bei einem solch wichtigen Geschäft ist André Kirchhofer der Meinung, dass man gut offen und ehrlich abstimmen kann und dies vor niemandem verbergen muss.

Bevor über den Antrag von Michael Wacker abgestimmt wird, möchte die **Vorsitzende** das Mikrofon an Vizepräsident Thomas Bühler weitergeben und selber noch ein Votum abgeben.

Fr. **Patricia Kettner**, Ratspräsidentin, wusste nicht, dass Michael Wacker einen Antrag auf geheime Abstimmung stellen wird und hätte den Einwohnerratsmitgliedern an dieser Stelle so oder so bekannt gegeben, dass sie in diesem Fall, weil sie auch persönlich sehr involviert ist, mitstimmen wird. Für sie ist dies kein Entscheid für oder gegen Kinder und auch kein Entscheid für oder gegen die Qualität der Schule. Sie hat allerdings Mühe, wenn diejenigen, welche heute Abend zustimmen, als kinderliebend, als diejenigen mit dem gesunden Menschenverstand und als diejenigen, welche ja zu



den Menschen sagen, hingestellt werden und diejenigen, welche ablehnen werden, als Kinderhaser, als diejenigen mit einem ungesunden Menschenverstand und als diejenigen, welche nur Maschinen, Strassen und Beton wichtig finden, gelten. Es ist ein Entscheid für mehr oder weniger Eigenverantwortung zu Hause und im Klassenverbund. Man kann nicht – und dies ist ihre persönliche Meinung – alle Sorgen und Probleme dem Staat delegieren. Dies geht auch im späteren Leben nicht. Wo käme die Wirtschaft hin, wenn die künftigen Mitarbeitenden bei jedem Problem einen Mentor bräuchten? Man muss wieder lernen, aus eigener Kraft Probleme zu lösen. Es gibt Notfälle und schwierige Situation, aber hier ist Patricia Kettner der Ansicht, dass ein sehr gut funktionierendes Sozialsystem vorhanden ist. Nicht zu vergessen sind der schulpsychologische Dienst, die Familie, die Kirche, das Umfeld der Familie. Frau Vizeammann Annegret Dubach hat etwas Schönes gesagt: Sie möchte die Gesellschaft stärken. Nach Meinung von Patricia Kettner wird die Gesellschaft nicht gestärkt, indem die Verantwortung nach dem Giesskannenprinzip dem Staat abgeschoben wird. In diesem Sinne wird sie offen oder geheim die stadträtlichen Anträge ablehnen.

Hr. **Thomas Bühler**, Vizepräsident, dankt Patricia Kettner für das Votum und gibt das Wort an Frau Vizeammann Annegret Dubach weiter.

Fr. **Annegret Dubach**, Vizeammann, möchte nicht die Eigenverantwortung schmälern. Sie möchte nicht aus der Gesellschaft eine verstaatlichte Struktur machen. Davon ist sie wirklich ganz weit entfernt. Was sie wichtig findet, ist, dass man Strukturen aufbaut, welche die Leute befähigen, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden, ihre Funktion zu sehen, zu wissen, wie man mit anderen umgeht. Diese Personen müssen dies lernen. Die Generationen, welche dies wissen und von Generation zu Generation weitergeben, gibt es nicht mehr. Es müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit diese Leute befähigt werden. Frau Vizeammann will nicht, dass man meint, sie wolle eine verstaatlichte Gesellschaft. Um Himmels Willen nicht. Sie findet nichts schöner, als wenn Leute ihren Lebensentwurf selber planen können und wissen, wo sie hin wollen. Den Personen, welche dies nicht können, muss aber Unterstützung geboten werden.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Die **Vorsitzende** lässt über den Antrag bezüglich geheimer Abstimmung von Michael Wacker abstimmen. Sie weist darauf hin, dass dies die Zustimmung eines Viertels der stimmberechtigten Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte benötigt. Weiter wird es so ablaufen, dass vor der geheimen Abstimmung die beiden Anträge einander gegenübergestellt werden und der obsiegende Antrag dann in die geheime Abstimmung kommt.

**Dem Antrag von Michael Wacker auf geheime Abstimmung wird mit 16 Stimmen, bei 10 notwendigen Stimmen, zugestimmt.**

Die **Vorsitzende** hält fest, dass die Schlussabstimmung somit geheim sein wird. Nun können die Einwohnerratsmitglieder entweder dem Gegenantrag der FDP-Fraktion oder den stadträtlichen Anträgen zustimmen. Der obsiegende Antrag gelangt zur Schlussabstimmung, welche dann geheim sein wird.

Die **Vorsitzende** liest den FDP-Antrag vor.

### **Gegenantrag der FDP-Fraktion**

Bei ausgewiesenem Bedürfnis kann die Schulsozialarbeit auf die Kindergarten- und Primarschulstufe erweitert werden. Dabei dürfen keine Mehrkosten durch eine Erhöhung des Personaletats entstehen. Die Finanzierung ist mit den heute vorhandenen Mitteln der betroffenen Bereiche Bildung, Ju-



gend&Prävention und/oder Sozial- und Vormundschaftswesen bzw. via das Verursacherprinzip (kostenpflichtiges Angebot) sicherzustellen. Das Budget 2012 wäre entsprechend anzupassen.

#### **Anträge des Stadtrates**

1. Der Stellenplan der Schulsozialarbeit sei für die Angebotserweiterung auf die Primarstufe und den Kindergarten ab 1. Mai 2012 von 100 auf 200 Stellenprozente zu erhöhen.
2. Den jährlichen Mehrkosten für den Ausbau der Schulsozialarbeit von CHF 93'500.- im Jahr 2012 und danach um CHF 122'500.- (Stand 2011) sei zuzustimmen.

**Der Gegenantrag der FDP-Fraktion und die stadträtlichen Anträge erhalten je 19 Stimmen (bei 2 Enthaltungen).**

**Mit Stichentscheid der Vorsitzenden obsiegt der Gegenantrag der FDP-Fraktion gegenüber den stadträtlichen Anträgen und gelangt damit in die geheime Schlussabstimmung.**

Die **Vorsitzende** bittet den Stadtweibel, die Stimmzettel auszuteilen. In dieser Zeit verliest sie nochmals den Antrag der FDP-Fraktion.

Bei ausgewiesenem Bedürfnis kann die Schulsozialarbeit auf die Kindergarten- und Primarschulstufe erweitert werden. Dabei dürfen keine Mehrkosten durch eine Erhöhung des Personaletats entstehen. Die Finanzierung ist mit den heute vorhandenen Mitteln der betroffenen Bereiche Bildung, Jugend&Prävention und/oder Sozial- und Vormundschaftswesen bzw. via das Verursacherprinzip (kostenpflichtiges Angebot) sicherzustellen. Das Budget 2012 wäre entsprechend anzupassen.

Vor dem Einziehen der Stimmzettel der geheimen Abstimmung verlangt Robert Weishaupt das Wort.

Hr. **Robert Weishaupt** stellt den Antrag auf Sitzungsunterbruch, damit diese Angelegenheit in den Fraktionen besprochen werden kann.

Die **Vorsitzende** lässt über den Ordnungsantrag von Robert Weishaupt abstimmen:

**Der Antrag auf Sitzungsunterbruch wird mit 18:15 Stimmen (bei 6 Enthaltungen) abgelehnt.**

Die **Vorsitzende** bittet die Einwohnerratsmitglieder, die Stimmzettel nun auszufüllen und die Fraktionspräsidenten, anschliessend im Wahlbüro den Stadtweibel bei den Auszählarbeiten zu unterstützen.

Gemäss Geschäftsreglement des Einwohnerrates dauern die Einwohnerratssitzungen höchstens 3 Stunden, sofern der Rat nicht anders beschliesst. Da es kurz vor 21.00 Uhr ist, fragt die **Vorsitzende** den Einwohnerrat der Ordnung halber an, ob die Beratungen noch während ungefähr 30 Minuten fortgesetzt werden sollen.

**Der Fortsetzung der Sitzung wird stillschweigend zugestimmt.**

**Sitzungspause während den Auszählarbeiten**





Die **Vorsitzende** gibt das Abstimmungsresultat bekannt:

Dem Antrag der FDP-Fraktion wurde mit 20:18 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) zugestimmt.

Art. 71

GK 76

**Postulat der SP-Fraktion vom 21. März 2011 betr. Pilotprojekt „Tagesstrukturen“ (Begründung und Beantwortung)**

Fr. **Anne-Käthi Kremer** kann ihr Votum beinahe so kurz halten, wie die Stellungnahme des Stadtrates auf das Postulat der SP-Fraktion ausgefallen ist. Ende dieses Schuljahres, also im nächsten Sommer, läuft das Pilotprojekt „Tagesstrukturen“ aus. Die SP-Fraktion beantragt mit diesem Postulat deshalb einen detaillierten Bericht des Stadtrates. Sie möchte wissen, wie sich das Projekt bewährt hat, ob die Tarife stimmen und wie es um die Akzeptanz bei älteren Schülerinnen und Schülern sowie Lehrpersonen steht. Ebenso nimmt es sie wunder, wie und ob es mit den Tagesstrukturen weitergehen soll.

Die SP-Fraktion ist erfreut über die Stellungnahme, dass der Stadtrat und die Schulpflege die flächendeckende Einführung von Tagesstrukturen in der Stadt Zofingen beabsichtigen. Das Pilotprojekt „Tagesstrukturen“, welches seit gut 2 Jahren am Laufen ist, scheint zu funktionieren und Bedürfnisse abzudecken. Dass die SP mit diesem Postulat offene Türen einrennt, freut sie. Der Stadtrat scheint in einer Arbeitsgruppe, unter der Leitung von Stadtmann Hans-Ruedi Hottiger, bereits am Evaluieren des Projekts zu sein. Die SP-Fraktion ist gespannt auf den Bericht des Stadtrates und bittet den Einwohnerrat, das Postulat zu überweisen.

Hr. **Thomas Valko** hält fest, dass die FDP-Fraktion im Jahr 2007 ein Postulat betreffend Einführung von Tagesstrukturen an den Zofinger Volksschulen einreichte. Die Schulpflege und die Schulleitung haben die Erfahrungen mit dem Pilotprojekt erstmals im Jahr 2010 und dann wieder im Jahr 2011 ausgewertet. Das weitere Vorgehen ist unter Einbezug des Stadtrates zu entscheiden.

Das Postulat der SP-Fraktion verlangt eine Berichterstattung. Da diese im ordentlichen Rahmen ohnehin zu erfolgen hat, handelt es sich eigentlich um ein unnötiges Postulat, welches lediglich doppelte Arbeit mit sich bringt.

Von Seiten des **Stadtrates** werden keine Ergänzungen zur schriftlichen Stellungnahme gemacht.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Die **Vorsitzende** lässt über die Überweisung des Postulats abstimmen:

Der Überweisung des Postulats wird mit 21:16 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) zugestimmt.

Art. 72

**GK 88**

**Interpellation von André Kirchhofer (FDP) vom 6. Juni 2011 betr. Zukunft des Spitals Zofingen? (Begründung und Beantwortung)**

Hr. **André Kirchhofer** hat keine wesentliche Ergänzung zur Begründung der Interpellation. Er möchte nur erklären, dass er mit der Beantwortung des Stadtrates in diesem Sinne zufrieden ist. Ebenfalls möchte er festhalten, dass die Interpellation, welche im Vorfeld ein wenig Staub aufwirbelte, nicht gegen Personen gerichtet war, es ging wirklich um die Sache. Die Politik hat manchmal unbequeme Aufgaben. Leicht verwirrend war hingegen, dass aus anderen Gemeinden eher unschöne Anmerkungen und einige schnoddrige Bemerkungen zu vernehmen waren.

Art. 73

**GK 99**

**Dringliche Interpellation von Viviane Hösli, Marcel Thüler und Michael Wacker (alle SP) und Mitunterzeichnende vom 29. August 2011 betr. Zukunft OX. Kultur im Ochsen (Begründung und Beantwortung)**

Die **Vorsitzende** bittet die Interpellantin, zu begründen, weshalb die Interpellation heute Abend für dringlich erklärt werden soll.

Wegen der vorgerückten Stunde hält sich Fr. **Viviane Hösli** kurz. Wer jemals einen kulturellen Anlass organisiert hat, weiss, dass die Planung sehr viel Vorlauf benötigt. Erst recht, wenn ein attraktives Programm mit populären Namen entstehen soll. Anfang Jahr wurde dem Verein OX. Kultur im Ochsen eine Einschränkung des Programms angedroht. Dadurch bestehen Schwierigkeiten beim Buchen von Bands, auch wenn diese Einschränkung nie rechtskräftig wurde. Die Angst vor einer Betriebseinschränkung ist bei den Vereinsmitgliedern sehr gross und engagierten jungen Menschen wäre zu gönnen, dass sie ihre Energie in das Wohl des Kulturlebens der Stadt Zofingen stecken können.

Die **Vorsitzende** unterbricht die Interpellantin und weist darauf hin, dass es in einem ersten Schritt nur um die Begründung der Dringlicherklärung der Interpellation geht und nicht um die Begründung der eigentlichen Interpellation.

Fr. **Viviane Hösli** fährt fort, dass die neue Saison am 24. September 2011 beginnen wird und die Entstehung eines kulturellen Programms einige Vorlaufzeit benötigt. Am 13. August 2011 fand in der Altstadt das OX on the Rocks statt und sie hofft, dass einige Anwesende daran teilnehmen konnten. Eine Woche darauf konnte man im Zofinger Tagblatt lesen, dass das Dossier OX. Kultur im Ochsen im Stadtrat dem Ressort Kultur übertragen wurde. Sie begrüsst dieses Vorgehen sehr. Um den neu zuständigen Personen genug Zeit zu geben, sich einzuarbeiten, kann sie sich gut vorstellen auf die Dringlicherklärung der Interpellation zugunsten einer ausführlichen, schriftlichen Beantwortung des Stadtrates zu verzichten. Allerdings wird erwartet, dass die Planungsphase des Kulturprogramms im weiteren Vorgehen vom Stadtrat berücksichtigt wird. Viviane Hösli ist gespannt auf das Votum des Stadtrates und wird erst danach endgültig Stellung nehmen zur Dringlichkeit der Interpellation.



Die **Vorsitzende** fragt nach, ob sie richtig verstanden hat, dass die Interpellantin auf die Abstimmung über die Dringlicherklärung der Interpellation verzichtet.

Fr. **Viviane Hösli** erklärt, dass sie zuerst das Votum des Stadtrates hören möchte.

Die **Vorsitzende** antwortet, dass dies nicht möglich ist. Entweder wird die Interpellation als dringlich erklärt und der Stadtrat beantwortet diese heute Abend oder diese wird an einer der nächsten Sitzungen behandelt.

Fr. **Viviane Hösli** verzichtet – auch aus Zeitgründen – auf die Dringlicherklärung der Interpellation. Diese soll an einer der kommenden Sitzungen behandelt werden.

## Art. 74

### Umfrage

#### Hinweis der Protokollführung

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt, und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

Hr. **Robert Weishaupt** hält die Vorlage GK 51 in der Hand, welche im Mai 2006 im Einwohnerrat behandelt wurde. Bei diesem Geschäft ging es um den Teilausbau der Luzernerstrasse. Er liest daraus Folgendes vor: „Nach Fertigstellung der Arbeiten, zu denen auch der Ersatz der Einlaufschächte zählt, wird im genannten Abschnitt ein neuer, lärmoptimierter Belag eingebaut.“ Die Aussage „nach Fertigstellung“ macht ihn stutzig. Ist diese bereits erfolgt oder findet diese noch statt? Der jetzige Zustand der Strasse ist schlicht und einfach inakzeptabel. Aus diesem Grund hat Robert Weishaupt folgende Fragen: Wann erfolgt die Fertigstellung? Wann wird der lärmoptimierte Belag eingebaut? Zudem scheiden sich die Meinungen komplett bei der Frage, was der Einwohnerrat im Mai 2006 mit den CHF 678'000.– bewilligt hat – eine komplett neue Strasse oder bloss ein solches Bauwerk, wie sich dieses jetzt präsentiert? Wurde die Strasse, so wie sie sich heute präsentiert, vom Baumeister abgenommen? Und wenn ja, weshalb wurde keine Nachbesserung dieser Holperpiste verlangt?

Hr. **Rolf Moor**, Stadtrat, hält fest, dass die Luzernerstrasse, wie bereits erwähnt wurde, eine Holperpiste ist. Der heutige Zustand der Luzernerstrasse ist jedoch lediglich ein Provisorium. Mit dem Kredit im Jahr 2006 wurde die Erstellung des Radstreifens sowie des neuen Trottoirs bewilligt. Dieser Kredit beinhaltete auch den Einbau des Feinbelags im Bereich des Radstreifens und des Trottoirs. Stand der Dinge heute: Das Trottoir ist mit dem Feinbelag versehen, aber der Radstreifen ist noch nicht fertig gestellt. Warum? In der Zwischenzeit startete der Kanton ein anderes Projekt, in welchem er den Vorschlag macht, eine Belagssanierung über die gesamte Breite der Kantonsstrasse vorzunehmen. Der Kanton hatte auch verschiedene Ansichten, wie das Projekt aussehen könnte. Bis man das Gespräch suchte, lag eine teure Lösung vor. Man konnte sich aber auf eine einfache Art einigen. Das Projekt liegt nun vor. Das Ziel ist, den Kreditantrag für die Belagssanierung auf der gesamten Breite der Luzernerstrasse bis Ende Jahr oder spätestens Anfang nächstes Jahr dem Einwohnerrat zu unterbreiten.



Als der erste Belag eingebaut war, haben die Fachleute die Arbeiten abgenommen. Diese waren laut Abnahmeprotokoll in Ordnung. In der Zwischenzeit hat sich die ganze Sache aber wieder verzögert. Mit jeder Woche, in der die Strasse befahren wird, wird deren Zustand schlechter. Der Stadtrat ist bemüht, eine Lösung zu finden und der Einwohnerrat wird darüber entscheiden müssen.

Die Frage von Fr. **Irma Jordi** bezieht sich auf den Sturm vom 13. Juli 2011. Sie weilte zu diesem Zeitpunkt im Ausland und erhielt einige Feuerwehralarme via Natel. Es wurde einen relativ schnell bewusst, dass es sich um eine schlimme Sache handelt. Sie möchte vom Stadtrat wissen, ob bereits Angaben vorliegen, mit welchen Kosten die Stadt Zofingen konfrontiert sein wird im Zusammenhang mit den Sturmschäden. Bestehen allenfalls Versicherungen für gewisse Schäden? Von allen Einsatzkräften wurde ein vorbildlicher Einsatz geleistet. Das Einsatzdispositiv war hieb- und stichfest. Der Dank der Fraktion Dynamische Mitte richtet sich insbesondere an die Feuerwehr, die Regionalpolizei, den Forstbetrieb Region Zofingen, das Stadtbauamt und den Zivilschutz. Eine weitere Frage: Werden die Aufräumarbeiten noch lange andauern oder ist ein Ende in Sicht?

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann, teilt mit, dass der Stadtrat im Moment noch nichts zu den Kosten sagen kann. Bäume können nicht versichert werden. Von dieser Seite sind keine Leistungen zu erwarten. Die Gebäude sind hingegen sehr wohl versichert. Es mussten auch bereits erste Massnahmen getroffen werden, wie zum Beispiel beim BZZ. Man geht aber davon aus, dass ein Grossteil der Kosten von der Gebäudeversicherung zurückerstattet wird. Wo man Zusatzkosten generieren wird, ist im Bereich des Feuerwehrosoldes, da die Feuerwehrleute einen enormen Einsatz geleistet haben. Zu den Aufräumarbeiten wird Stadträtin Käthi Hagmann noch etwas sagen.

Gemäss Fr. **Käthi Hagmann**, Stadträtin, werden nicht nur die höheren Feuerwehrkosten auf die Stadt Zofingen zukommen. Der Sturm hat die ganze Stadt „verhudelt“, insbesondere den Heitern und den Wald. Ebenfalls wird dieser die Stadtfinanzen noch ein wenig erschüttern. In einer ersten Tranche wurden für den Pflegeschnitt der Bäume CHF 55'000.- bewilligt, welche längstens aufgebraucht sind. Neue Bäume wurden noch keine gepflanzt. Die Kosten für deren Neupflanzung werden ebenfalls anfallen. Der grosse Häckselhaufen in der Trinerplatten hat allein ungefähr CHF 60'000.- gekostet.

Die grössten Aufräumarbeiten sind bereits erfolgt. Es stehen aber noch weitere an, insbesondere im Bereich des Tierparks auf dem Heitern. Die ganzen Gehege müssen instand gestellt werden. Dies möchte man jedoch auf den Winter verschieben, weil der Werkhof aufgrund des Sturms mit einigen Arbeiten arg in Verzug gekommen ist. Im Winter stehen weniger anderweitige Unterhaltsarbeiten an. Die Instandstellung der Gehege wird ebenfalls einiges kosten. Die gesamten Kosten im Zusammenhang mit den Sturmschäden sind noch nicht absehbar, aber es wird auf jeden Fall eine teure Angelegenheit.

Wie alle wissen, findet ein Wettbewerb zur Neugestaltung des Bahnhofplatzes statt. Fr. **Viviane Hösli** hält fest, dass man kürzlich in der Zeitung lesen konnte, welche Kriterien die Stadt Zofingen vorgibt. Bei all den aufgeführten Kriterien fehlten ihr einerseits das Parkhaus sowie andererseits die Zugänglichkeit zum Parkhaus. Ging dies im Zeitungsbericht vergessen oder ist dies nicht Bestandteil der Kriterien?



Hr. **Rolf Moor**, Stadtrat, erklärt, dass die Planungsbüros beauftragt wurden, Vorschläge zu unterbreiten. Die in der Zeitung aufgeführten Kriterien waren nicht vollständig. Er bittet die Einwohnerratsmitglieder, den Fachleuten die nötige Zeit zu lassen, um am Projekt zu arbeiten, eine Auslegung vorzunehmen sowie das Ergebnis zu präsentieren. Danach ist der Stadtrat gerne bereit, auf Detailfragen einzugehen.

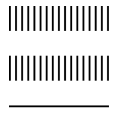
Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann, fügt an, dass die Erarbeitung von Massnahmen zur besseren Auffindbarkeit sowie Vermarktung des Parkhauses unabhängig von der Neugestaltung des Bahnhofplatzes bereits an die Hand genommen wurden. Es liegt ein Marketingkonzept im Entwurf vor.

In den letzten paar Wochen fand praktisch an jedem Wochenende eine grössere Veranstaltung statt, an welchen auch auswärtige Personen teilnahmen. Der Stadtammann war an vielen Anlässen präsent und führte auch einige Gespräche. Dabei kam Zofingen als Gastgeber gut weg. Offensichtlich scheint die Auffindbarkeit des Zofinger Parkhauses vor allem für die Zofingerinnen und Zofinger ein Problem zu sein. Er durfte einige Komplimente entgegennehmen, wie toll das Parkhaus ist und wie gut dieses zu finden ist. Notabene von Leuten, welche mit einem GPS ausgerüstet waren und von auswärts kamen. Diese sind einfach Richtung Bahnhof gefahren und haben das Parkhaus dann gefunden. Der Stadtammann weiss, dass sehr viele Zofingerinnen und Zofinger dieses nicht finden, aber manchmal hat er den Eindruck, diese wollen es nicht finden.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass der Einwohnerrat sich das nächste Mal an der Doppelsitzung vom 24. und 25. Oktober 2011 trifft. Der heutige Abend war ein Vorgeschmack auf die bevorstehende Budgetberatung. Es wurde engagiert und hart aber auch respektvoll und pointiert sowie zu Beginn sogar teilweise kreativ debattiert. Politisieren bedeutet halt auch kämpfen sowie manchmal gewinnen und manchmal verlieren und für die Sache einstehen. Dies ist heute passiert und wird auch nächstes Mal der Fall sein mit dem Voranschlag 2012, der Teilrevision des Parkgebührenreglements, der Initiative auf Einführung der Blauen Zone in der Altstadt, der Revision des Personalreglements, der Kreditbewilligung für den Umbau der Büroräumlichkeiten der Regionalpolizei Zofingen sowie den parlamentarischen Vorstössen.

Der **Vorsitzenden** wurde mitgeteilt, dass am 3. November 2011 eine öffentliche Informationsveranstaltung zum Bauvorhaben Seniorenzentrum stattfindet. Sie bittet die Einwohnerratsmitglieder, sich diesen Termin zu notieren, da die Einladung zu solchen Anlässen häufig ein wenig kurzfristig erfolgt. Es wäre schön, wenn auch dort viele Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte anwesend sein könnten.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass Einwohnerrat Robert Weishaupt für jene, welche interessiert sind, hinten beim Ausgang einige Broschüren „Empfehlungen zur Vermeidung von Lichtemissionen“ des Bundesamts für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL) aufgelegt hat. Diese können gerne mitgenommen werden.



Schluss der Sitzung: 21.23 Uhr

Für getreues Protokoll:

Patricia Kettner  
Ratspräsidentin

Arthur Senn  
Protokollführer